

LANDTAGS NACHRICHTEN

19. November

8 / 2015

www.landtag-mv.de



+++ 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern – Debatte zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten +++ Agrarstruktur in M-V +++ Rechtsextremisten stoppen +++ Entwicklungspolitik der Landesregierung +++ Armut in M-V +++ Anhörung Volksinitiative Windenergie +++ Sitzungsplan 2016 +++ Baugeschehen im Schloss +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker) Viktorienfigur auf der Hauptturmterrasse des Schweriner Schlosses

3	GASTKOLUMNE	Marion Richardt (Nordkurier-Mediengruppe) zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Erwin Sellering
4–26	AUS DEM PLENUM	
4–5	Bericht	Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten stoppen – Für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern“
6–21	Original-Debatte	25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern – Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
21–25	Berichte	Bürgerschaftliches Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik Aussprache zum Thema Agrarstruktur in M-V Debatte zum AWO-Forschungsbericht „Aspekte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern“ ziehen
26	Weitere Beschlüsse	Gesetz zur Änderung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des öffentlichen Vereinsrechts Änderung Landesdisziplinargesetz Änderung Landesjustizkostengesetz und Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetz Änderung Gesetz über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden und anderer Gesetze Änderung Straßen- und Wegegesetz Mecklenburg-Vorpommern Wahl eines Mitglieds im Verwaltungsrat der Landesforstanstalt
27–29	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Wirtschaftsausschuss</i> Öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Volksinitiative „H 10“ (Windenergie) <i>Finanzausschuss:</i> Beratungen zum Doppelhaushalt 2016/2017 – Interview mit dem Ausschussvorsitzenden Torsten Koplín <i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Gespräche mit EU-Vertretern
30–31	PANORAMA	Baugeschehen im Schloss Sitzungsplan des Landtages für 2016
32	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Magerkost

Sieh an, Ministerpräsident Erwin Sellering hat den Osten Mecklenburg-Vorpommerns in seiner jüngsten Regierungserklärung nicht vergessen. Zumindest nicht ganz. Denn immerhin in einem Absatz der insgesamt 14 Seiten umfassenden Erläuterungen räumt der Ex-Greifswalder ein, dass es der östliche Teil des Landes in den vergangenen 25 Jahren oft schwerer gehabt habe als der Westen. Sellering kennt und nennt auch den Grund: Die Randlage Vorpommerns und der Seenplatte in Deutschland.

Das war aus meiner Sicht zu wenig Analyse über den Zustand unseres Bundeslandes, das sich grob gesehen in zwei Geschwindigkeiten entwickelt. Und das war definitiv auch keine Antwort auf die Frage vieler Menschen in Neustrelitz, Anklam, Waren oder anderswo, wie sich die Regierung die Entwicklung des östlichen Landstrichs in den kommenden zehn Jahren vorstellt. Möglicherweise gibt es darauf ja auch keine Antwort.

Experten wie der Greifswalder Professor Helmut Klüter haben dazu eine sehr faktenorientierte Meinung. Die SPD/CDU-Koalition, so sagen sie, bevorzuge mit dem neuen Landesentwicklungsprogramm ganz klar den Westteil Mecklenburg-Vorpommerns, setze auf die Entwicklung der Räume Rostock und Schwerin, während alle anderen Oberzentren – allen voran Neubrandenburg – deutlich abfielen.

„ Jubel, Trubel, Heiterkeit
sind noch lange nicht angesagt. „

Keine Frage, Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den vergangenen 25 Jahren auf einen guten Weg gemacht. Das sehen die allermeisten Nordkurier-Leser sicher ebenso. Aber eine Umfrage unserer Zeitung unter dem Motto „Wie wollen wir leben?“, an der sich im September immerhin 3.200 Menschen beteiligt haben, zeigt auch, dass Jubel, Trubel, Heiterkeit deswegen noch lange nicht angesagt sind. Auf die Frage etwa, ob die Landesregierung ausreichend für gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesland M-V Sorge, antworteten 85 Prozent mit Nein. Lediglich 13 Prozent zeigten sich bei diesem Thema mit der Arbeit von Rot-Schwarz zufrieden. Um das Ost-West-Gefälle in Mecklenburg-Vorpommern auszugleichen, erwarten die Bürger hierzulande von

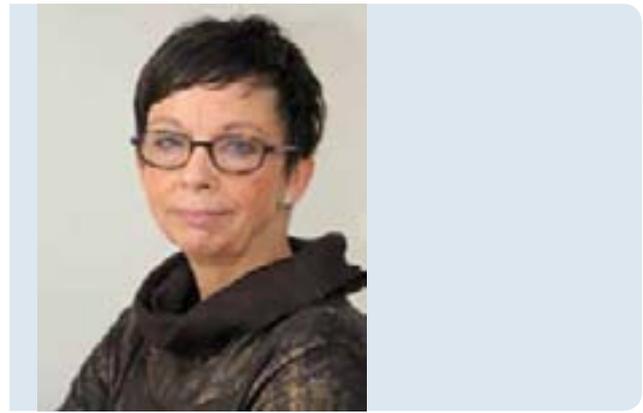


Foto: privat

Marion Richardt (54) ist seit 2013 stellvertretende Chefredakteurin der Nordkurier Mediengruppe. Sie war über viele Jahre Lokalberichterstatlerin und Redaktionsleiterin. Als Leiterin und Koordinatorin der zentralen Redaktion in Neubrandenburg wechselte sie 2009 nach Schwerin, wo sie als Redaktionsleiterin der Produktionsfirma mv:m die Auswahl für die überregionalen Themen im Nordkurier verantwortete.

ihren Politikern unter anderem einen stärkeren Einsatz für eine bessere Infrastruktur (23 Prozent) und – man höre und staune – mehr Volksnähe (20 Prozent). Ausschlaggebend für die Kritiker sind zudem fehlende Arbeitsmöglichkeiten (neun Prozent) sowie Perspektivlosigkeit und Isolation (jeweils fünf Prozent).

Nun gut, Regierungserklärungen haben es so an sich, dass unangenehme Wahrheiten oft unausgesprochen bleiben. Vielleicht wollte Erwin Sellering die festliche Stimmung zum 25. Gründungsjubiläum Mecklenburg-Vorpommerns mit Ausflügen in die Realität auch nicht trüben. Ob er sich und seiner Regierungsmannschaft damit einen Gefallen getan hat? Wohl eher nicht. Und ganz sicher hat er damit die steigende Zahl jener nicht überzeugt, die sich mehr und mehr von der Politik abwenden, weil sie sich missverstanden, nicht ernst genommen, nicht gehört fühlen. Eine gefährliche Entwicklung, wenn sich „die da oben“ und „die da unten“ immer weiter voneinander entfernen.

Fazit: Uns hat die Regierungserklärung Sellerings enttäuscht – zu viel Wohlfühlromantik, zu wenig klare Ansage für die Zukunft. So wurde schließlich aus dem geplanten seitenbestimmenden Aufmacher-Beitrag doch nur ein Text im Keller. Immerhin: Unser Kommentator hatte leichtes Spiel, Erwin Sellerings Auftritt am 21. Oktober 2015 im Schweriner Landtag als „Magerkost“ zu bewerten.

Marion Richardt



SPD, CDU, Linke und Grüne stimmten geschlossen für ihren gemeinsamen Antrag, die NPD stimmte dagegen.

Fotos: Cornelius Kettler

Rechtsextremen die Stirn bieten

SPD, CDU, Linke und Grüne setzten Zeichen gegen Fremdenhass

Der Landtag M-V hat einmal mehr ein Zeichen gegen Fremdenhass gesetzt. Die Abgeordneten von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprachen sich am 22. September in einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag gegen Hetze und fremdenfeindliche Gewalttaten sowie für Toleranz und Weltoffenheit aus. Hintergrund waren mehrere Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern. „Wir dulden weder Hetze noch Verunglimpfung und bieten Rechtsextremisten die Stirn!“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider in ihrer Einbringungsrede. „Unsere Verfassung und die Menschenrechte sind nicht verhandelbar“, betonte sie. Die SPD-Abgeordnete sprach stellvertretend für alle vier demokratischen Fraktionen.



Sylvia Bretschneider, Landtagspräsidentin

„Wir sind entsetzt über das, was wir seit Tagen aus Köln, Leipzig, Dresden, Rostock, Greifswald und Schwerin hören“, betonte **Sylvia Bretschneider**, die den gemeinsamen Antrag der Demokraten begründete. Taten wie diese demaskierten all jene, „die sich hinter der falschen Maske besorgter Bürger verschanzen und die nach und nach die Oberhand in den Reihen derjenigen gewinnen, die vielleicht anfänglich wirklich aus einer unbestimmten Sorge und Angst heraus auf die Straßen gegangen sind“. „Sie zeigen ihre Verachtung anderer Menschen, ihre Bereitschaft zu Gewalt verbaler und physischer Art, ihre Verachtung demokratischer Grund-

werte, ihre Ablehnung von Anstand, von Menschlichkeit und von Würde“, so Bretschneider. „Wir stehen dafür, dass Demokratie, Freiheit des Einzelnen und Toleranz die Grundlage unseres Zusammenlebens bilden.“ Das sei der konkrete Hintergrund dieses gemeinsamen Dringlichkeitsantrags. „Die demokratischen Fraktionen verwahren sich mit aller Entschiedenheit gegen Ressentiments und pauschale Vorverurteilungen gegenüber Flüchtlingen“, stellte Bretschneider klar. Menschen, die vor Unrecht und Gewalt fliehen, Schutz zu gewähren, sei ein Gebot von Anstand und Mitmenschlichkeit – und überdies in Artikel 16a im Grundgesetz verankert. „Diese Werte sind für uns, die hinter der demokratischen freiheitlichen Grundordnung stehen, nicht nur Worte. Es sind Werte, die durch die großartige Hilfsbereitschaft tausender Menschen auch bei uns im Land in den vergangenen Monaten mit Leben erfüllt wurden.“ Daran würden auch „dumme und kleinkarierte Hetzparolen“ nichts ändern. „Diejenigen, die mit diesen Werten nichts anfangen können, sind zahlenmäßig in der Minderheit“, zeigte sich Bretschneider überzeugt und betonte: „Versuche, das Bild einer vermeintlichen Überfremdung zu zeichnen, weisen wir ausdrücklich zurück.“ In diesem Jahr seien in M-V bislang 14.700 Flüchtlinge erstregistriert worden. Bezogen auf 1,6 Millionen Einwohner entspreche das einem Anteil von 0,9 Prozent. „Wer kann da von einer Flüchtlingsflut sprechen?“, fragte Bretschneider. Sie sei

überzeugt, das M-V mit der Situation umgehen könne. „Die jüngsten Beschlüsse des Bundes werden uns dabei helfen; insbesondere die vereinbarte Verkürzung der Dauer von Asylverfahren.“



Stefan Köster, NPD

„Der Antrag ist das beste Beispiel für Ihre ganze Hilflosigkeit“, entgegnete NPD-Abgeordneter **Stefan Köster** in der Aussprache. „Mittlerweile sind Sie bei Durchhalteparolen angekommen, wohl wissend, dass Ihnen die Mehrheit des Volkes nicht mehr folgt.“ Die „angebliche Pflicht, jedermann Schutz zu bieten“, sei Ausdruck eines „krankhaften Weltbildes“ und bedeute „den Todesstoß für Zentraleuropa und für unsere Nation“. „Der Appell an die vermeintlich historische Verantwortung Deutschlands verkommt zu einem Marketinginstrument zur Rechtfertigung der beispiellosen Asylflut.“ Köster unterstellte „bestimmten Kreisen in Politik und Wirtschaft“, die Massenzuwanderung „absichtsvoll herbeigeführt“ zu haben, um damit „Druck auf das Lohnniveau“ auszuüben und in der Konsequenz „den Mindestlohn auszuhebeln“. „Zuwanderung und globaler Kapitalismus sind zwei Seiten der gleichen Medaille.“ Anstelle von „Humanduselei“ fordere seine Fraktion „eine Politik für das eigene Volk“ und „eine Festung Europa“. Das erfordere unter anderem, das einklagbare Grundrecht auf Asyl zu streichen, Familiennachzug zu verhindern, die Drittstaatenregelung konsequent anzuwenden sowie die deutschen und europäischen Außengrenzen „effektiv“ zu schützen. Ferne müsse „Vereinen, die an der Aushöhlung des Asylrechts mitwirken“, die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit aberkannt werden. „Und wir brauchen die Beschlagnahmung von Kirchensteuereinnahmen für Bistümer und Landeskirchen, die Kirchenasyl gewähren.“ Den Antrag von SPD, CDU, Linken und Grünen nannte Köster „inländerfeindlich“. „Wir lehnen ihn selbstverständlich ab.“

„Man kann richtig beobachten, wie die geistig verwirrten Ideologen hier die Gelegenheit nutzen, sich aufzuspielen als diejenigen, die darüber entscheiden, wer ein guter und wer ein schlechter Mensch ist und wer hier in Europa und in Deutschland leben darf oder nicht“, entgegnete **Sylvia Bretschneider**, als sie im Rahmen der Aussprache erneut für die Demokraten das Wort ergriff. Anstelle von „Tatsachen oder Fakten“ stelle die NPD „nur Vermutungen, Behauptungen, Unwahrheiten und bewusste Falschinterpretationen“ in den Raum. „Damit werden Sie keinen Blumentopf gewinnen können, nicht bei uns im Landtag und auch nicht draußen im Land!“ Unwahrheiten würden nicht wahrer, wenn man sie ständig wiederhole, betonte die Präsidentin und fügte hinzu: „Wir werden es nicht zulassen, dass Leute wie Sie, Herr Pastors, die Mitglieder Ihrer Partei darüber befinden, wer hier in dieses Land darf.“

Wenn Menschen verschiedener Kulturen und Religionen zusammenleben, blieben „auch Spannungen und Konflikte“ nicht aus. „Unser Land steht dabei ohne Frage vor großen Aufgaben“, machte Bretschneider klar. Die Rechtsextremen würden mit ihren dumpfen Parolen leichte Lösungen für diese Probleme suggerieren. Mit Demokratiefeindlichkeit und Extremismus könne man jedoch keine Probleme lösen. „Im Gegenteil: Sie schaden unserem Land und stellen selbst ein massives Gesellschaftsproblem dar“, sagte sie in Richtung NPD-Fraktion. Wenn die NPD bei Pegida-Veranstaltungen auftrete, bei denen bedauert werde, dass „KZ leider derzeit außer Betrieb“ seien, wenn sie solche Veranstaltungen mit organisiere und in der ersten Reihe mitmarschiere, sei sie dafür mit verantwortlich. „Am Umgang mit Minderheiten und Fremden zeigt sich die Qualität einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft“, betonte Bretschneider. Hier habe Deutschland sehr wohl auch eine historische Verantwortung. „Wer die Bevölkerung und die Flüchtlinge gegeneinander aufhetzt und Ängste schürt, wer Flüchtlinge pauschal kriminalisiert und wer dazu aufruft, Flüchtlinge zu verjagen, der verlässt den Boden der Verfassung, des Rechtes und Gesetzes“, machte sie deutlich. Von Toleranz und Weltoffenheit würden am Ende Einheimische wie Flüchtlinge profitieren. Insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel lägen in der Zuwanderung auch große Chancen, sagte Bretschneider, die in ihrer Rede immer wieder lautstark von NPD-Abgeordneten unterbrochen wurde. Mit ihren Äußerungen hätten die NPD-Vertreter ihr Menschenbild noch einmal deutlich hervortreten lassen, reagierte Bretschneider auf die verbalen Angriffe. „Alle haben sich noch einmal vergewissern können, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung vergebliche Liebesmühe ist“, sagte sie. „Sie wollen keine Demokratie, kein friedliches Miteinander, keinen Humanismus. Das ist Ihr Menschenbild, und das ist heute wieder deutlich zutage getreten.“

Die sitzungsleitende Vizepräsidentin Silke Gajek musste während der Debatte immer wieder die Einhaltung der Ordnung durchsetzen und sprach wegen grober Störungen, Provokationen und Missachtung der Parlamentsordnung fünf Ordnungsrufe gegen NPD-Abgeordnete aus.

Die sitzungsleitende Vizepräsidentin Silke Gajek musste während der Debatte immer wieder die Einhaltung der Ordnung durchsetzen und sprach wegen grober Störungen, Provokationen und Missachtung der Parlamentsordnung fünf Ordnungsrufe gegen NPD-Abgeordnete aus.

Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und B' 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/4621

Tipp



Die Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen. Das Video der Aufzeichnung finden Sie auf dem YouTube-Kanal des Landtages.

25 Jahre M-V: Abgeordnete ziehen kontroverse Bilanz

Koalition hob die vielen positiven Entwicklungen hervor;
die Opposition fand, alles schönzureden reiche nicht

Wie gut hat sich Mecklenburg-Vorpommern in den 25 Jahren seines Bestehens entwickelt? Darüber gehen die Auffassungen im Landtag deutlich auseinander. Während Ministerpräsident Erwin Sellering in seiner Regierungserklärung fast durchweg ein positives Fazit zog und die Jahre der großen Koalition in M-V als „die bislang erfolgreichsten für unser Land“ bezeichnete, legte die Opposition den Finger erwartungsgemäß stärker auf wunde Punkte. Einig waren sich in der knapp dreistündigen Debatte indes alle bei ihrem Lob dafür, was die Menschen im Land nach der Wende geleistet hätten. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der kontroversen Aussprache, die am 21. Oktober anstelle einer Aktuellen Stunde stattfand.

Ministerpräsident Erwin Sellering:
„Auf gutem Weg,
aber nicht am Ziel“

Foto: Ulwe Bielewski



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor wenigen Tagen, am 3. Oktober, haben wir 25 Jahre deutsche Einheit gefeiert. Dabei ist eine überwiegend positive Bilanz gezogen worden, und das zu Recht.

Die ostdeutschen Bundesländer haben sich seit 1990 insgesamt gut entwickelt, und wir sind auch beim Zusammenwachsen zwischen Ost und West gut vorangekommen. Es ist ein Anlass zu großer Freude, dass wir Deutschen heute wieder ganz selbstverständlich in einem Land leben.

Der 3. Oktober ist zugleich die Geburtsstunde unseres Bundeslandes. Am 14. Oktober 1990 fanden die ersten Landtagswahlen statt, und knapp zwei Wochen später, am 26. Oktober, kam der Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Am Tag darauf wurde der erste Ministerpräsident gewählt. Deshalb denke ich, dass unsere heutige Sitzung der richtige Zeitpunkt ist, um zurückzublicken und Bilanz zu ziehen nach 25 Jahren Mecklenburg-Vorpommern. [...]

Meine Damen und Herren, die Zahlen aus dem aktuellen MV-Monitor sind eindeutig: 94 Prozent sagen, dass sich Mecklenburg-Vorpommern seit seiner Gründung gut oder sogar sehr gut entwickelt hat. Das ist ein großartiges Ergebnis, über das wir uns gemeinsam sehr freuen können. [...]

Dass die Menschen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern nahezu einhellig eine positive Bilanz über die Entwicklung unseres Landes ziehen, das hat gute Gründe und ist mehr als nachvollziehbar. Mecklenburg-Vorpommern ist schließlich in den letzten 25 Jahren umfassend modernisiert worden. Im letzten Vierteljahrhundert sind riesige Summen in den Aufbau unseres Landes investiert worden, zusammen 37,8 Milliarden.

Dass dieses Geld gut angelegt worden ist, das zeigt sich besonders deutlich am Erscheinungsbild unserer Dörfer und Städte. Die meisten erstrahlen heute wieder im neuen Glanz. Wismar und Stralsund haben Eingang ins Weltkulturerbe gefunden, und ich hoffe, dass auch Schwerin, die ohne Zweifel schönste Landeshauptstadt in Deutschland, bald dazukommen wird. Insgesamt muss man sagen, unser Land hat deutlich an Attraktivität gewonnen.

Komplett erneuert wurde die Verkehrsinfrastruktur. Ich kann mich noch gut an Zeiten erinnern, als eine Fahrt von Greifswald nach Schwerin eine halbe Tagesreise war. Heute geht das in weniger als zwei Stunden. Die A 20, die Verlängerung der A 14, der Bau der neuen Rügenbrücke, zahlreiche neue Ortsumgehungen haben Mecklenburg-Vorpommern deutlich besser erschlossen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und natürlich auch eine deutliche Verbesserung für die Menschen im Land.

Meine Damen und Herren, vor allem aber haben wir mit den dafür zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln einen au-

„ Unser Land hat deutlich
an Attraktivität gewonnen. „

ßerordentlich erfolgreichen wirtschaftlichen Aufholprozess im Land gestaltet. Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten 25 Jahren seine wirtschaftliche Basis erheblich verbreitert und enorm an Wirtschaftskraft gewonnen. [...]

Die wachsende Wirtschaftskraft macht sich erfreulicherweise auch immer stärker am Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten zehn Jahren praktisch halbiert, und das ist nicht allein ein demografischer Effekt, sondern die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im gleichen Zeitraum deutlich angestiegen.

Was besonders wichtig ist: Die Zeiten, in denen junge Menschen für eine Ausbildung in andere Länder gehen mussten, sind endgültig vorbei. Es gibt inzwischen genügend Ausbildungsplätze und es gibt gute Zukunftschancen für junge Menschen. Das ist eines der wichtigsten Ergebnisse nach 25 Jahren Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, zu einer ehrlichen Bilanz gehört aber auch die Feststellung, dass wir trotz aller Fortschritte immer noch Rückstand aufweisen. Die Wirtschaftskraft und die Einkommen sind bei uns wie auch in den anderen ostdeutschen Ländern immer noch niedriger, die Arbeitslosenzahlen immer noch höher als in den westdeutschen Ländern. Auch dessen sind sich die Menschen bei uns im Land sehr bewusst. Nur acht Prozent der Menschen sehen die Ost-West-Angleichung schon als weitgehend abgeschlossen an. 90 Prozent meinen, dass es nach wie vor größere Unterschiede gibt. Wir sind also wirtschaftlich auf einem guten Weg, aber wir sind noch nicht am Ziel. Es werden auch in Zukunft große An-

strengungen erforderlich sein, um die ostdeutschen Länder weiter voranzubringen. Auch deshalb kämpfen wir – in großer Gemeinsamkeit mit den anderen ostdeutschen Ländern – für einen fairen Länderfinanzausgleich.

Meine Damen und Herren, auch im sozialen Bereich und in der Bildung ist eine positive Entwicklung festzustellen. Ein gutes Angebot an Kitaplätzen gab es hierzulande schon während der DDR-Zeit, und es war ganz sicher richtig, das nach 1990 zu erhalten. Heute besuchen 97 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen eine Kita bei uns. Bei den Unter-Dreijährigen sind es 56 Prozent. Damit liegen wir ganz vorne in der Spitzengruppe in Deutschland.

Gute Kitas, das ist ein Thema, bei dem die westdeutschen Länder auch heute noch viel von den ostdeutschen Ländern lernen können. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren einen klaren Schwerpunkt bei den Kitas gesetzt. Wir haben die Landesausgaben in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Wir haben mit einer Vielzahl von Schritten die Kitas deutlich verbessert, die Elternbeiträge gesenkt in der Krippe und im letzten Kita-Jahr. Wir zahlen das Mittagessen für Kinder aus finanziell schwachen Familien, wir haben inzwischen kleine Gruppen, wir haben den Erzieherinnen und Erziehern mehr Vor- und Nachbereitungszeit ermöglicht, die vorschulische Bildung gestärkt. Das sind wichtige Voraussetzungen für die Eltern und vor allem für die Kinder bei uns im Land.

Meine Damen und Herren, deutlich schwieriger gestaltete sich lange Zeit die Entwicklung an den Schulen. Für mich gehört es zu den größten Fehlern der Anfangszeit, dass 1990 die damalige Landesregierung mit großer Selbstver-



In Mecklenburg-Vorpommern besuchen 97 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen eine Kita.

Foto: Jens Büttner

ständigkeit einfach das westdeutsche Schulsystem übernommen hat. Vieles haben wir inzwischen korrigiert. Heute haben wir ein gutes System aus Gymnasien und Regional-schulen. Der ostdeutschen Tradition entsprechend, gibt es das Abitur nach zwölf Jahren und das längere gemeinsame Lernen bis Klasse 6. [...]

Diese Landesregierung hat in dieser Wahlperiode ganz bewusst zwei Schwerpunkte in der Schule gesetzt, um nach Jahren der Unruhe wieder zu Verlässlichkeit und zu mehr Gemeinsamkeit zu kommen. Es soll mehr Kommunikation, mehr Gespräche mit den Eltern und Lehrern geben und eine deutlich bessere Organisation. [...]

Wir haben inzwischen ein 50-Millionen-Paket auf den Weg gebracht, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen, um die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Und es ging mir, das habe ich auch 2008 schon in der Regierungserklärung gesagt, um einen Punkt ganz besonders, nämlich dass wir die Zahl derer, die unsere Schulen ohne einen Abschluss verlassen, deutlich verringern müssen. Darauf haben wir große Anstrengungen verwandt, mit Erfolg: Die Zahl hat sich seit 2008 halbiert. Wir können sagen: Nach vielen schwierigen Jahren sind unsere Schulen heute wieder auf einem guten Weg. [...]

Meine Damen und Herren, bei dem Thema ‚sozialer Zusammenhalt‘ gehen, wenn man die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern befragt, die Meinungen auseinander. Eine Hälfte der Bevölkerung sieht auch hier eine positive Entwicklung. Demgegenüber haben vor allem viele Ältere das Gefühl, von diesem sozialen Zusammenhalt sei in den letzten 25 Jahren etwas verloren gegangen oder jedenfalls aktuell gefährdet. Und vielleicht gibt es ja beide Tendenzen.

Deutschland hat in den letzten Jahren unzweifelhaft an wirtschaftlicher Stärke gewonnen. Zu beklagen ist allerdings, dass in der gleichen Zeit die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgegangen ist. Die sozialen Unterschiede zählen zu den größten Defiziten der letzten 25 Jahre. Trotz aller Fortschritte bei uns im Land sind immer noch rund 80.000 Menschen arbeitslos und andere arbeiten unter sehr prekären Verhältnissen. Nicht alle Menschen haben bisher von der positiven Entwicklung der letzten 25 Jahre profitieren können. Das zu ändern, ist eine ganz wichtige Aufgabe für die Zukunft. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

Wir sehen aber auf der anderen Seite auch ein großartiges soziales Engagement im Land. Besonders wertvoll ist die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen. Jeder Dritte im Land engagiert sich ehrenamtlich – bei der Feuerwehr, im Sport, in den sozialen Diensten, technischen Hilfsdiensten, Kirchengemeinden, in der Kultur, in der Kommunalpolitik. Dieses Engagement ist sehr wertvoll und verdient alle Unterstützung. Dafür gibt es seit diesem Jahr die Ehrenamtsstiftung, deren Arbeit inzwischen auch die früheren Skeptiker schätzen lernen, meine Damen und Herren. Ich sage bei dieser Gelegenheit sehr ausdrücklich einen großen öffentlichen

Dank an alle Ehrenamtlichen im Land für ihr großartiges Engagement. Herzlichen Dank!

Eine besonders große Hilfsbereitschaft gab und gibt es immer in schwierigen Zeiten. Wir haben das während der großen Elbefluten 2002 und 2013 erlebt, als viele Freiwillige unermüdlich Sandsäcke gefüllt und mitgeholfen haben, dass die Deiche halten. Und wir erleben auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen ein großartiges ehrenamtliches Engagement. Es ist wichtig, dass wir uns diese Solidarität, diese Hilfsbereitschaft, diesen Zusammenhalt bewahren. Das ist für mich die wichtigste Grundlage, wenn wir weiter gut vorankommen wollen in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, eine moderne Infrastruktur, deutliche Fortschritte in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt, gute Chancen inzwischen auch für junge Menschen, insbesondere für Familien mit Kindern, ein starker Zusammenhalt im Land – Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten 25 Jahren insgesamt deutlich an Attraktivität gewonnen. [...] Unser schönes Mecklenburg-Vorpommern ist inzwischen ein hoch attraktives Bundesland, in das die Menschen gern kommen, um zu leben und zu arbeiten. [...]

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Stimmungsbild der Regierung besser als die Lage“



Foto: Uwe Baleski

„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir heute Revue passieren lassen, was in 25 Jahren passiert ist und was wir erreicht haben, steht für mich eins fest: Die Menschen in unserem Land haben allen Grund, stolz auf ihre Leistungen zu sein. Sie haben in den 25 Jahren Großartiges geleistet, die positiven Entwicklungen sind vor allem ihre Erfolge. Die Menschen lieben ihr Land, unsere Heimat, das ist ein Pfund, mit dem sich wuchern lässt, das ist ein Fundament, auf dem sich weiter aufbauen lässt. [...]

Die grundlegenden Veränderungen der vergangenen 25 Jahre verliefen friedlich und gewaltfrei, aber ich frage

mich: Warum kommt es 70 Jahre nach der vernichtenden Niederlage des Faschismus und 25 Jahre nach der Wiedergeburt unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern dazu, dass in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern Rechtsradikale gegen Menschen hetzen und nicht zurückschrecken vor Gewalt und Terror? Ich sehe Galgen, an denen Namen von Politikerinnen und Politikern öffentlich aufgehängt werden, ich sehe Sprüche, die genau dieses dokumentieren. Die Saat dieser rechtsextremistischen Demagogen, der geistigen Brandstifter, geht zunehmend auf. Immer häufiger brennen in Deutschland Häuser, in denen Menschen, die vor Krieg, Terror, Leid und Not zu uns fliehen, untergebracht werden sollen. Auf Hass und Verachtung lässt sich kein stabiles Gemeinwesen aufbauen. [...] Alle Demokratinnen und Demokraten in Mecklenburg-Vorpommern stehen nicht zuletzt wegen der schrecklichen Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen in ganz besonderer Verantwortung, rechtsextremistisches Denken und Handeln zurückzudrängen und dafür zu sorgen, dass es von der Straße, aus den Köpfen und aus den Parlamenten verschwindet.

Auch aus diesem Grund – und da bin ich voll beim Ministerpräsidenten –, auch aus diesem Grund müssen alle Demokratinnen und Demokraten in der Flüchtlingsfrage, und nicht nur in dieser Frage, zusammenstehen. Gemeinsam müssen wir auch dafür sorgen, dass in unserem Land nicht die Ärmsten und die Allerärmsten gegeneinander ausgespielt werden.

So weit, meine Damen und Herren, teilen wir die Auffassungen des Ministerpräsidenten. Dass wir als Oppositionsführerin allerdings auch kritische Anmerkungen haben, dürfte niemanden überraschen. So hat sich die Regierungserklärung in großen Teilen wie ein Werbetext aus einer Hochglanzbroschüre eines Reiseveranstalters angehört:

// Regierungserklärung
klingt wie Werbetext aus einer
Hochglanzbroschüre. //

schöne Bilder, wohlfeile Formulierungen. Kennen Sie derartige Werbung? In einer Zeitung konnte ich neulich unter der fragenden Überschrift ‚Sprechen Sie die Sprache der Reisekataloge?‘ Folgendes lesen: Ein ‚Zimmer zur Meerseite‘ bedeutet zum Beispiel nicht, dass sich das Hotel in der ersten Reihe befindet. Wenn das so wäre, würde es auch im Katalog stehen. Ein ‚naturbelassener Strand‘ kann zugemüllt oder mit spitzen Steinen übersät sein, einen tatsächlichen Traumstrand würden die Veranstalter jedenfalls anders beschreiben. Und der Strand vom ‚Hotel in ruhiger Lage‘ heißt in der Regel, dass dieser nur mit dem Shuttle zu erreichen ist. [...]

Damit Sie jetzt nicht reflexartig sagen, ich würde das Land schlechtreden, lassen wir die Fakten sprechen. Dabei zitiere ich nicht Publikationen meiner Fraktion, sondern ich beziehe mich auf den Landesfinanzbericht des Landesrechnungshofes, den Fortschrittsbericht der Landesregierung Aufbau Ost 2014 und auf manche Antworten der Landesregierung auf Kleine Anfragen von Abgeordneten dieses Hauses.

Erstens. Mecklenburg-Vorpommern musste von 1990 bis 2014 einen Bevölkerungsrückgang von fast 340.000 Einwohnerinnen und Einwohnern hinnehmen. Damit hatte sich die Bevölkerungszahl seit Gründung des Landes um über 17 Prozent verringert. Die Bevölkerung verringert sich jedoch nicht nur, sie altert auch. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist bis Ende 2013 auf 14 Prozent zurückgegangen. Demgegenüber ist der Anteil der Seniorinnen und Senioren



Aufmerksam verfolgen die Zuhörer auf der Besuchertribüne des Plenarsaals die kontroverse Debatte.

Foto: Uwe Balewski

auf über 22 Prozent gestiegen. Mecklenburg-Vorpommern war 1990 das jüngste Bundesland. 25 Jahre später sind wir das älteste Bundesland in Deutschland.

Zweitens. Die industrielle Basis ist nach wie vor schwach und die Exportleistung weiterhin gering. Im Jahr 2013 verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern ein negatives Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent und liegt damit deutlich hinter den Ostflächenländern zurück. Somit hat Mecklenburg-Vorpommern 2013 auch im Vergleich mit den anderen Ländern relativ an Wirtschaftskraft verloren. Die wirtschaftliche Entwicklung in 2013 hat die Lücke zwischen Ost und West wieder größer werden lassen und den Angleichungsprozess gedämpft. Der Landesrechnungshof stellt fest, dass die Angleichung der Wirtschaftskraft auch nach über zwei Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung nicht erfolgt ist und seit etlichen Jahren stagniert.

Drittens. Mecklenburg-Vorpommern gehört leider nach 25 Jahren zu den Flächenländern, in denen die meisten Menschen von Hartz IV leben müssen. [...]

Viertens. Der Osten des Landes – Vorpommern, Mecklenburg-Strelitz – fühlt sich nicht nur abgehängt, er ist in vielen Dingen tatsächlich abgehängt, und da sind wir wirklich weit auseinander in der Einschätzung, Herr Ministerpräsident. Das beginnt mit den Verkehrsanbindungen. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung ist nur halb so groß wie in Mecklenburg. Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen ist geringer, das verfügbare Einkommen ist geringer, die Anzahl der Arbeitslosen höher. In Vorpommern sterben die Menschen früher als in Mecklenburg hier im Westen.

Fünftens. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es die meisten Schulabbrecher, die meisten Menschen ohne Schulabschluss.

Sechstens. Die Anbindung der Menschen an den öffentlichen Personennahverkehr ist im ländlichen Raum schlecht.



Das Altenparlament M-V fordert seit Jahren die Angleichung der Renten in Ost und West.

Die Lage droht sogar noch schlechter zu werden – von der Bahn will ich mal gar nicht reden, da sieht es noch schlimmer aus – und Mecklenburg-Vorpommern droht, auf das Abstellgleis geschoben zu werden.

Meine Damen und Herren, auch diese Zahlen gehören zu 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern. Das sind keine schönen Bilder, das sind keine wohlklingenden Bilder, aber das ist die Wahrheit. Und wie geht die Landesregierung damit um? Was sagt der Ministerpräsident dazu? Er gibt zum wiederholten Male eine Wohlfühlumfrage in Auftrag. Mit Wohlfühlumfragen zu Wohlfühlresultaten. Und da ist sie wieder, alle Jahre wieder, alle Jahre wieder, Herr Nieszery, diese merkwürdige schöne Sprache, die Sprache der Reisekataloge.

Ich darf einmal zitieren, diesmal nicht aus einem Reisekatalog, sondern aus der aktuellen Umfrage der Landesregierung: ‚Man hört gelegentlich den Satz:‘ – so lautet die Frage – ‚Wir können ein bisschen stolz darauf sein, was wir in den letzten Jahren hier in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen haben. Stimmen Sie dem eher zu oder stimmen Sie dem eher nicht zu?‘ Ich denke, alle, die hier zuhören, würden dem zustimmen, ich natürlich auch, Herr Selling. Selbstverständlich kann man dem zustimmen, was denn sonst?!

Die Regierung freut sich über die Antworten. Natürlich stimmt dieser messerscharf formulierten Frage die große Mehrheit zu, was denn sonst?! Diese und andere Fragestellungen hat die Landesregierung vorgegeben. Die erhoffte Botschaft dieser Umfrage war damit vorgezeichnet. [...]

Damit bastelt sich die Landesregierung ein Stimmungsbild, was besser ist als die Lage, denn wenn Sie, Herr Selling, die Probleme nicht länger schönreden oder gar ignorieren würden, hätten Sie andere Fragen stellen müssen. Wie wäre es denn mit solchen Fragen: ‚Man hört gelegentlich den Satz: Ich bin schon ein bisschen enttäuscht darüber, dass die Landesregierung viele Amtsgerichte geschlossen hat. Stimmen Sie dem eher zu oder stimmen Sie dem eher nicht zu?‘ ‚Man hört gelegentlich den Satz: Ich bin schon ein bisschen enttäuscht darüber, dass ich weder mit Bus noch Bahn in die nächstgelegene Stadt fahren kann. Stimmen Sie dem eher zu oder stimmen Sie dem eher nicht zu?‘ [...] Warum fragen Sie nicht nach der finanziellen Lage der Kommunen oder danach, warum die Menschen immer seltener wählen gehen?

Meine Damen und Herren, bei aller Kritik an dieser Wohlfühlumfrage gibt es natürlich auch einige erhellende Erkenntnisse. Über die Ost-West-Angleichung hat der Ministerpräsident bereits gesprochen. Und wir sind da nicht so richtig weitergekommen. Neun von zehn Befragten sehen weiterhin große Unterschiede. Die Menschen sehen in der Höhe der Renten eines der Probleme, eine klare Ungerechtigkeit. Und was haben Sie getan? Ja, Herr Selling, Sie haben immer wieder verbal gefordert, das muss nun endlich beendet werden. Das haben Sie eben in Ihrer Rede wieder getan. Aber wo

Foto: Uwe Baleski

war denn die Initiative im Bundesrat? Anträge meiner Fraktion wurden ja abgelehnt, weil Sie sich mit der CDU nicht einigen konnten. Was Sie vor Wahlen versprechen, können Sie nicht einhalten. Das betrifft den sozialen Arbeitsmarkt ebenso wie Initiativen wie Vermögensteuer – alles Forderungen, die die SPD 2011 aufgemacht hat. Also kein Wunder, dass die Zahl der Befragten, die keine Verbesserung feststellen, auch nach Ihrer Umfrage seit Jahren zunimmt. [...]

Die Menschen treibt die Sorge um, ob das in 25 Jahren Geschaffene und Erreichte erhalten und behalten werden kann. Sie haben einfach Angst, dass das Land kaputtgespart wird. [...] Wirtschaft stärken bedeutet für mich auch, den sozial-ökologischen Umbau voranzutreiben, Ressourcen wie Energie und Rohstoffe einzusparen sowie ökologische Bau- und Werkstoffe einzusetzen. Wo sind dort Ihre Visionen? Wo sind dort Ihre Entscheidungen? Um die erneuerbaren Energien, die Elektromobilität oder Wasserstofftechnologien mehr zu nutzen, brauchen die Investoren und Unternehmen Planungssicherheit über mindestens zwei Wahlperioden, besser sogar über drei.

Wirtschaft stärken bedeutet auch, gut ausgebildete und hoch motivierte Beschäftigte zu haben. Ich bitte Sie, Herr Ministerpräsident, schauen Sie sich doch einmal die Standorte der Berufsschulen an! Die Entfernung zwischen Betrieb, Ausbildungsstätte und Berufsschule veranlasst so manch jungen Menschen, die gewünschte Ausbildung erst gar nicht zu beginnen. Unterhalten Sie sich mal mit dem Bauverband in Mecklenburg-Vorpommern!

Um noch mehr und bessere tarifliche Entlohnung zu erreichen, brauchen wir natürlich starke Tarifpartner, insbesondere brauchen wir starke Gewerkschaften. Das, glaube ich, sollte ein gemeinsames Anliegen sein.

Meine Damen und Herren, zu einer Zukunftsinitiative für unser Land gehört in jedem Fall, die Armut, die Kinder- und die Altersarmut, zu bekämpfen. Der von der AWO vorgelegte Armutsbericht für Mecklenburg-Vorpommern spricht doch Bände. Armut zu bekämpfen, heißt, den Menschen Wege in Arbeit aufzuzeigen: Arbeit in der privaten Wirtschaft – erster Arbeitsmarkt –, im öffentlichen Dienst und in dem Sektor zwischen Staat und Wirtschaft. Ob das nun ‚sozialer Arbeitsmarkt‘ heißt oder ‚öffentlich geförderter Beschäftigungssektor‘, darüber will ich mich jetzt nicht streiten. [...]

Die Landesregierung hat gestern ein Maßnahmenpaket zur Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen vorgelegt, welches im Wesentlichen die Umsetzung der Bundesmaßnahmen beinhaltet. Bei dem anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen stellt sich heute schon die Frage nach neuen, zusätzlichen Plätzen in Kitas und Schulen, nach Zuschüssen an Wohnungsunternehmen, damit die notwendigen Wohnungen hergerichtet werden können, sowie nach mehr Personal bei der Polizei, in den Kommunen, in den Kitas und in den Schulen. Letztere benötigen dringend mehr Lehrerinnen und Lehrer, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten können.

Die ankommenden Flüchtlinge und die sie aufnehmenden Kommunen brauchen Entscheidungen. Sie erwarten zu Recht, dass die Landesregierung mutig ist, diese und andere Entscheidungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, die 25-jährige Geschichte unseres Landes zeigt, dort, wo Licht ist, gibt es auch Schatten. Einheimische und Menschen, die zu uns kommen, sollen eine gute Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern haben. Das muss das Ziel sein. Es ist Zeit für Verabredungen, es ist Zeit für Entscheidungen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Minister Lorenz Caffier:

„Land hat sich zum Positiven verändert“



Foto: Uwe Balewski

„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! [...]

Ich hatte das große Privileg, von Anfang an den Prozess der Wiedervereinigung sowie die Gründung und den Aufbau des Landes Mecklenburg-Vorpommern, zunächst in der letzten frei gewählten Volkskammer und später im Landtag, mit begleiten zu können. [...]

Ich kann mich noch gut an die Zusammensetzung des ersten Landtages erinnern. Die wenigsten von den damaligen Abgeordneten waren Politprofis. Wir hatten überhaupt keine rechte Vorstellung darüber, was uns erwartet. Wir waren motiviert, wir waren engagiert, wir waren entscheidungsbereit. Aber zur Wahrheit gehört auch, wir waren ungemein hemdsärmelig. [...] Wir mussten staatliche Strukturen neu aufbauen: Die Kommunen, die Polizei, die Feuerwehr, die Justiz, das Sozialwesen, das Bildungssystem, die Verwaltung, den Sport, die Verkehrsinfrastruktur – alles wurde umgekrempelt oder gleich neu geschaffen. [...] Wir mussten zahlreiche wichtige Entscheidungen treffen. Dafür hatten wir weder viel Zeit noch die Erfahrungen und gleich gar nicht

„ Die demokratischen Werte sind fest verwurzelt. „

hatten wir einen doppelten Boden. Trotz dieser Unwägbarkeiten haben wir gemeinsam viele entscheidende Weichen für eine erfolgreiche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern stellen können. [...]

Die Wiedervereinigung Deutschlands zeigte uns schmerzlich, dass ostdeutsche Unternehmen in großen Teilen kaum konkurrenzfähig waren. [...] Die notwendigen Produktionsveränderungen und -steigerungen gingen mit zahlreichen Entlassungen einher. [...] Die Werttenkrise zog sich durch die 90er-Jahre und hinterließ deutliche Spuren in unserem Land. [...] Aber die Menschen packten an, sie wollten aufsteigen, ein schöneres Leben leben und die Zukunft ihrer Kinder sichern. Sie wollten ihren Beitrag dazu leisten, dass es in Mecklenburg-Vorpommern vorangeht.

Die Lebensleistung, in einer Diktatur aufzuwachsen, zu leben, Kinder zu kriegen, einem Beruf nachzugehen, nur um sich dann in einer Demokratie alles neu erarbeiten zu müssen, kann man nicht hoch genug schätzen. Den Menschen, die das geschafft haben, zolle ich höchsten Respekt. Sie haben unsere Anerkennung verdient und wir sind ihnen zu Dank verpflichtet, weil sie mit dazu beitragen, dass das Land aufgebaut wird. [...] Erst durch diese Leistung war es möglich, große Teile der Skeptiker mit dem enormen Wandlungsprozess nach der Wiedervereinigung zu versöhnen. Heute ist unser Land gefestigt, der Rechtsstaat unumstößlich, die demokratischen Werte sind fest verwurzelt. Daran werden weder Nazischläger auf der Straße noch braune

Abgeordnete in unserem Landtag irgendetwas ändern. Das kann ich Ihnen ganz klar versprechen, meine Damen und Herren. [...]

Ob Schulen, Kitas, Wohnungen, Verwaltungsgebäude, Nahverkehr oder Versorgungsnetze – in einem atemberaubenden Tempo haben wir das Land modernisiert. [...] Wir haben eine hervorragende Infrastruktur gerade im Straßen- und Verkehrswesen geschaffen, [...] ein robustes Wirtschaftswachstum, die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung, viele neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und ein sehr gutes Ausbildungsniveau. Was für eine tolle Entwicklung! An der Stelle möchte ich betonen, die Erneuerung unserer Infrastruktur wäre ohne den Solidarpakt und die damit verbundene Aufbauhilfe niemals möglich gewesen. [...]

Von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes ist zweifelsohne der Tourismusbereich. [...] Mit guter Infrastruktur und professionellem Marketing ist eine Marke geschaffen worden [...], sodass wir derzeit als Urlaubsland Nummer eins gelten. Der Erfolg als Tourismusparadies führt auch dazu, dass unser Land viel positiver national und international wahrgenommen wird. [...] Wir mögen keine starke Industrie oder große Versicherungs- und Handelsunternehmen haben, aber wir haben einen Arbeitsstandort Mecklenburg-Vorpommern und wir sind ein Universitäts- und Hochschulstandort, der immer attraktiver wird. Das führt dazu, dass wir den massiven Bevölkerungs-



Unzählige Menschen helfen ehrenamtlich bei der Flüchtlingsbetreuung.

Foto: Jens Büttner

schwund stoppen konnten. [...] Dennoch können wir an der demografischen Entwicklung nicht vorbeiregieren. Es ist eben ein himmelweiter Unterschied, ob in einem Land wie unserem 69 Einwohner auf einem Quadratkilometer wohnen oder in einem Land wie Nordrhein-Westfalen über 500 Einwohner auf einem Quadratkilometer wohnen. Nur weil wir dünner besiedelt sind, haben unsere Bürger doch nicht automatisch einen geringeren Anspruch auf öffentliche Leistungen und Infrastrukturen. [...] Und natürlich erwarten auch die Eltern im ländlichen Raum von uns, dass wir für ihre Kinder eine qualitativ hochwertige Bildungsinfrastruktur zur Verfügung stellen. Die Wahrheit ist aber, das schaffen wir nur, wenn wir an anderer Stelle schlanker werden. [...]

Wir müssen uns den Gegebenheiten anpassen, und manchmal heißt das eben, wir müssen die Strukturen an die Gegebenheiten anpassen. Ich weiß aber auch, ohne die vielen ehrenamtlich engagierten Bürger in unserem Land wäre eine solche Veränderung sowieso nicht möglich. Überall in den Gemeinden, Städten, in den Feuerwehren, beim THW, beim Sport, in sozialen Organisationen, in vielen anderen Lebensbereichen, in der Kirche leisten sie alle einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft und für unser tägliches Miteinander. Das ist bemerkenswert und das zeigt die Stärke unseres Landes. [...]

Wie wichtig ehrenamtliche Helfer sind, sehen wir nicht zuletzt in der aktuellen Flüchtlingskrise. Alle meine Länderkollegen betonen, wie bedeutend der Einsatz der freiwilligen Helfer ist. Das ist keine Pflichtübung, sondern sie tun das, weil sie vor Ort sehen, mit wie viel Herzblut und Engagement die Menschen dabei sind. Ohne sie, das gehört auch zur Ehrlichkeit dazu, würden wir diese Herausforderung derzeit nicht meistern können. [...] Die Flüchtlingskrise hat uns aber nicht nur eindrucksvoll die Bedeutung des Ehrenamts vor Augen geführt, ich muss gestehen, sie hat mich auch nachdenklich gemacht. Fast überall in der Republik sind in den letzten 30, 40 Jahren Stellen in der öffentlichen Verwaltung abgebaut worden. In Mecklenburg-Vorpommern machen wir das sinnvollerweise seit 25 Jahren auch sehr konsequent. Natürlich war und ist das gerechtfertigt. [...] Aber vielleicht mahnt uns auch die aktuelle Situation, in dem einen oder anderen Fall andere Schwerpunkte zu setzen. [...]

Meine Damen und Herren, unser Land hat sich in seinen ersten 25 Jahren nach der Wiedervereinigung deutlich zum Positiven verändert. Mecklenburg-Vorpommern ist heute ein modernes, ein fortschrittliches Land. [...] Ich will, dass Mecklenburg-Vorpommern weiterhin ein Land des Aufbruchs ist. Es soll ein Land der Chancen und der Perspektiven werden, ob im Tourismus, im Maschinenbau, bei der Energiewende, in der Gesundheitswirtschaft, bei der Kooperation im Ostseeraum oder der Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern. Wir haben viele, viele Möglichkeiten, wir müssen sie nur gemeinsam nutzen wollen! [...]"

Dr. Norbert Nieszery, SPD:

„Wir leben hier nicht im Jammertal“



Foto: Uwe Balawski

„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst ein paar Worte zu den Ausführungen von Herrn Holter.

Herr Holter, ich habe mich in langen Strecken Ihrer Rede gefragt, über welches Land Sie hier geredet haben. Mecklenburg-Vorpommern kann es nicht gewesen sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD: Sehr gut.)

Die Stimmung der Menschen im Land hat der Ministerpräsident mit seinem zuversichtlichen Ton sehr viel eher getroffen als Sie, denn Sie müssen auch mal zur Kenntnis nehmen, Herr Holter, wir leben hier nicht im Jammertal, so, wie Sie es den Menschen im Land immer wieder vorgaukeln.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Richtig.)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat sehr anschaulich die vergangenen 25 Jahre Revue passieren lassen und eigentlich alle wesentlichen Ereignisse und Entwicklungen genannt, die unser Bundesland in diesen Jahren geprägt haben. Als Fazit kann man mit Fug und Recht sagen, die Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns seit der Wende ist eine Erfolgsgeschichte, allerdings keine geradlinige. Viele Klippen mussten umschiffen, viele Steine aus dem Weg geräumt werden [...]. Keiner aber kann bestreiten, dass Mecklenburg-Vorpommern heute weitaus besser dasteht als vor 25 Jahren.

Dass unser Land sich so gut entwickelt hat, meine Damen und Herren, ist vor allem den Menschen zu verdanken, die mit Fleiß, Beharrlichkeit, Bodenständigkeit, Mut und Solida-

„ Mecklenburg-Vorpommern sitzt nicht mehr am Katzentisch der Bundesrepublik.“

rität das Land aufgebaut und sich nicht von Rückschlägen beirren lassen haben.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)*

Sicher, meine Damen und Herren, eine solche Bilanz werden in diesen Tagen alle ostdeutschen Länder ziehen. Aber für uns hier in Mecklenburg-Vorpommern hat ein solches Fazit noch einmal eine ganz andere Bedeutung, galten wir doch jahrhundertlang als besonders rückständig, ja, als Armenhaus Deutschlands. Man erinnere sich nur an die berühmte Redewendung von Herrn Bismarck.

Auch nach der Wende waren wir noch lange Zeit in allen Statistiken immer das Schlusslicht. Wir hatten die höchste Arbeitslosigkeit, die schwächste Wirtschaftsleistung, die höchste Abwanderungsrate. Entsprechend grau und abgehangt fühlten sich die Menschen im Land. Noch im Jahre 2000 sagten 69 Prozent unserer Bürger, dass sie im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern schlechter dastehen. Und heute, 15 Jahre später, sind es nur noch 25 Prozent. Das, meine Damen und Herren, ist schon ein sensationeller Wert, zeigt er doch, dass in den letzten anderthalb Jahrzehnten ein grundlegender Mentalitätswandel stattgefunden hat.

Das Land und seine Menschen haben nicht nur in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung aufgeholt, auch das Selbstbewusstsein und die empfundene Lebensqualität haben deutlich zugenommen. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind mittlerweile stolz auf ihr Land, sie fühlen sich wohl und leben gerne hier. Sie empfinden sich nicht mehr als rückständig in Deutschland, sondern als gleichberechtigt und dazugehörig. Mecklenburg-Vorpommern und seine Bürger sitzen schon lange nicht mehr am Katzentisch der Bundesrepublik.

Ich bin davon überzeugt, dass dazu auch die Landespolitik in den vergangenen 15 Jahren einen wichtigen Beitrag geleistet hat, und das gilt für alle Parteien, die in diesen Jahren Verantwortung getragen haben. Das sage ich ausdrücklich auch mit Blick auf DIE LINKE, die ja heute wieder ein kleines Klageglied abgezogen hat.



Schülerinnen der Regionalen Schule Marnitz freuen sich, einmal live bei einer Plenarsitzung dabei zu sein.

Foto: Uwe Baleski

Herr Holter, seien Sie doch ruhig ein wenig selbstbewusster und blicken Sie mit Stolz auf Ihre Zeit der Regierungsbeteiligung, in der Sie einen Beitrag dazu leisten konnten,

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Mache ich! Mache ich, Herr Nieszery! –
Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Na, da muss er ja nicht so viel üben.)*

dass unser Land und seine Menschen heute so gut dastehen!

Eines aber, meine Damen und Herren, muss bei aller Mitwirkung der Koalitionspartner doch hervorgehoben werden. Seit 1998 wird die Landesregierung von Sozialdemokraten geführt, zuerst von Harald Ringstorff, dem wir vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht sehr viel zu verdanken haben, und dann ab 2008 von Erwin Sellering, der es in den letzten Jahren wie kein Zweiter verstanden hat, den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern Mut und Zuversicht und damit Selbstbewusstsein zu geben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Mit seiner optimistischen Art hat er das Potenzial dieses Landes und seiner Menschen in den Vordergrund gerückt und zugleich die Lebensleistung der Menschen in der Vergangenheit als Teil der Identität dieses Landes gewürdigt. [...]

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen Ausblick auf die nächsten 25 Jahre werfen und dabei die aus meiner Sicht derzeit wichtigsten zwei aus den zehn Punkten des Ministerpräsidenten herausgreifen.

Da ist zum einen der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien – die wirtschaftspolitische Chance für Mecklenburg-Vorpommern mit enormem Arbeitsplatzpotenzial. Ich bin sicher, spätestens 2022, wenn das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet wird, beginnt das energiepolitische Zeitalter des Nordens.

Dann wird vor allem Windstrom aus dem Norden die Industriezentren im Süden und Westen beliefern. Dann wird Mecklenburg-Vorpommern richtig attraktiv für Neuansiedlungen und Unternehmen. Dafür, meine Damen und Herren, lohnt es sich zu kämpfen und auch manchen Streit auszufechten. Wir werden selbstverständlich versuchen, die Belastungen für die Menschen so gering wie möglich zu halten und Vergünstigungen verbindlich festzuschreiben, aber am Ziel, zum Vorreiter der Energiewende zu werden, werden wir nicht rütteln! Wir, meine Damen und Herren, segeln vor dem Wind und nicht wie noch zu Bismarcks Zeiten 50 Jahre hinterher!

Das zweite wichtige Thema der nächsten Jahre ist die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. Wir wissen heute, 25 Jahre nach der Wende, dass wir ein starkes und ein selbstbewusstes Land sind, und dieses Land wird es schaffen, die Flüchtlinge, die eine Zeit lang oder auch für immer bei uns bleiben, anständig zu behandeln und in unser Gemeinwesen zu integrieren.

Die Aufgabe ist nicht ganz einfach, das gebe ich auch unumwunden zu. Sie ist aber zu bewältigen, wenn wir sie mutig, beherzt und entschlossen angehen.

Ich sage ganz klar, meine Damen und Herren, verfolgt und Not leidenden Menschen Asyl zu gewähren, ist ein Gebot der Menschlichkeit, das keine Kompromisse duldet!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Wir müssen nur aufpassen, dass unsere europäischen Werte der Humanität, Freiheit und Asylgewährung nicht zunehmend in den Hintergrund gedrängt werden.

Die absurde Forderung nach neuen Grenzzäunen, die die Zuwanderung begrenzen sollen, ist ein besonders abschreckendes Beispiel, denn am Ende, meine Damen und Herren, am Ende dieser Forderung

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

stehen die gewaltsame Verteidigung dieser Zäune und damit in letzter Konsequenz, Herr Pastörs, verletzte und tote Frauen, Männer und Kinder. Das, meine Damen und Herren, ist nicht das aufgeklärte Europa des 21. Jahrhunderts, und es ist nicht das Europa, in dem ich leben möchte!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Michael Andrejewski, NPD: Das
ist Dumme Deutschland.)*

Also, meine Damen und Herren, sind wir weiter mutig und gehen voran [...] und organisieren wir den Zuzug von Kriegsflüchtlingen, sorgen wir durch eine intensive und nachhaltige Außenpolitik dafür, dass die Konflikte entschärft und beigelegt werden, die die eigentliche Ursache des Flüchtlingszustroms sind!

Sicherlich wird sich unsere Gesellschaft mit den Flüchtlingen verändern. Aber was soll daran schlecht sein, wenn wir bunter, vielfältiger und jünger werden?

Die Mecklenburger und Vorpommern sind 25 Jahre nach dem Fall der Mauer selbstbewusst genug, zu wissen, dass sie davor keine Angst zu haben brauchen, Herr Pastörs!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Die weit überwiegende Zahl der Menschen in unserem Land ist auch immun gegen den Hass, der von NPD, Pegida und AfD verbreitet wird, denn inzwischen hat auch der letzte Vernünftige kapiert, wer hinter Pegida und seinem Ableger MVgida tatsächlich steht. Hier, meine Damen und Herren, demonstrieren eben keine besorgten Bürger, sondern eiskalte Rechtsextremisten. Hier werden nicht berechtigte Fragen, ernsthafte Sorgen formuliert, sondern es wird

gegen Flüchtlinge gehetzt und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung missachtet. Das Muster ist immer dasselbe: Erst wird diffamiert und ausgegrenzt, dann folgt blanke Gewalt.

Die TAZ hat am Montag mit Blick auf das furchtbare Attentat in Köln eine sehr gute Darstellung gebracht. Sie schrieb: ‚Einer hat zugestochen. Das Messer geführt haben viele.‘

In Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren, und auch das gehört zum 25-jährigen Jubiläum, sitzen die Verantwortlichen für solche politisch motivierten Gewalttaten im Landtag!

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Wir alle wissen, die NPD ist der geistige und rhetorische Brandstifter für die Anschläge auf Personen und Flüchtlingsheime und hier im Land laufen Abgeordnete der NPD in der ersten Reihe bei MVgida mit.

Wer, wie die AfD, sich davon nicht klar abgrenzt, zündelt bewusst mit

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

und macht sich damit gemein mit den neuen Nazis und ihren menschenverachtenden Ideologien.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern hat vor 25 Jahren die einmalige Chance erhalten, eine am Boden liegende Wirtschaft neu aufzubauen und wieder eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Mecklenburg-Vorpommern hat vor 25 Jahren die einmalige Chance erhalten, demokratische Strukturen zu etablieren und weiterzuentwickeln.

Diese Chancen haben die Menschen in hervorragender Weise genutzt. Lassen Sie uns die vor uns liegenden neuen, zweifellos schwierigen Herausforderungen ebenso beherzt anpacken! – In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Foto: Jens Büttner



Am meisten leiden die Flüchtlingskinder unter der schwierigen Situation.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Glücksfall deutsche Einheit“

Foto: Uwe Balewski



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Ziel der friedlichen Revolution war nicht die deutsche Einheit, aber es war letztendlich ihr glücklicher Ausgang.

Wir haben vorgehabt, eine Aussprache zu beantragen, die wir zugunsten der großen Aussprache zurückgezogen haben. Der Titel hätte heißen ‚Die deutsche Einheit – Glücksfall, Aufgabe und Prozess‘, und das ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Selbstverständlichkeit, weil, wir haben eine Geschichte in Richtung deutsche Einheit, und darüber will ich erzählen.

Die friedliche Revolution 1989 ist auch von Menschen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angestoßen worden. [...]

Für mich ist es nach wie vor ein großer Glückfall, dass die friedliche Revolution am Ende friedlich geblieben ist, und es gibt tatsächlich viele Menschen, die einen Beitrag dazu geliefert haben. [...] Es hat viele Situationen gegeben, wo es hätte eskalieren können. Ich habe selber solche Situationen in Rostock vor der Staatssicherheit erlebt.

Wenn man darüber nachdenkt – jetzt, lange Zeit zurückliegend [...] –, dann spielen auch die vielen Gespräche eine Rolle, die es gegeben hat zwischen Kirche und Staat. Die Mitglieder der Kirche, die diese Gespräche geführt haben, sind später auch schwer dafür kritisiert worden, weil man das als eine unzulässige Annäherung angesehen hat. Aber diese Gespräche haben immer wieder auch dafür gesorgt, neben kritischen Seiten, dass es ein Verständnis füreinander gab. Und wenn man über Verständnis redet und über die Fragen, wie man sich angesichts totaler Unterschiede bei allen wichtigen politischen Fragen – welche Berechtigung hat die Mauer, wie steht man zur Demokratie, zu Gerichten, zur Frage des Unrechtsstaates und so weiter – verständigen konnte, wenn es trotzdem eine Klammer gegeben hat – das finde ich interessant und wichtig –, dann ist es das Thema Antifaschismus gewesen. Das war die Klammer zwischen

Kirche, Bürgerbewegung und dem Staat, den wir heute klar als Unrechtsstaat bezeichnen.

Übrigens, das will ich deutlich hinzufügen, Unrechtsstaat bedeutet nicht, dass die Menschen, die in diesem Staat Verantwortung übernommen haben, Unrecht begangen haben. Die haben zum Teil wichtige Dienste an dieser Gesellschaft geleistet, und das wollen wir ausdrücklich anerkennen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gab es 1990, am Anfang jedenfalls, noch nicht. Wir sind als Bündnis 90 in die Volkskammerwahl am 18. März gegangen. Das Ergebnis war ernüchternd: 2,6 Prozent. [...] Diese Wahl am 18. März hat eine kleine Entsprechung gefunden in einer anderen Wahl, und zwar am 18. März 2012. Nämlich der Kandidat, der aus den Nordbezirken für Bündnis 90 in die Volkskammer einzog – das war nur ein Einziger –, war Joachim Gauck, und an diesem 18. März 2012 wurde er als Bundespräsident gewählt – für uns ein Zeichen von ‚angekommen‘.

Ich möchte an einen anderen Menschen erinnern, an Irmgard Rother. Ich habe das hier schon einmal getan, da ging es um eine Aussprache zum Thema ‚Volksaufstand 1953‘. Irmgard Rother hat damals mitgemacht bei den Demonstrationen in Rostock. [...] Sie hat das Neue Forum mit aufgebaut, und das ist unsere Verbindung zu dem Thema ‚Verfassung vor 25 Jahren für dieses Land‘. Sie hat nämlich an dieser Verfassung mitgeschrieben. [...]

Irmgard Rother hatte das große Glück, dass sie die Wende miterlebt hat und dass sie dieses neue Land mitgestalten konnte. Viele Menschen, die sich in dieser Zeit, ab 1953 und davor, für Demokratie und Freiheit engagiert hatten, hatten dieses Glück nicht. Sie sind Opfer eines Unrechtsstaates geworden und haben oft vergeblich auf Anerkennung für diese Leistungen, die sie gebracht haben, gewartet. Sie haben sogar einen Dienst an uns geleistet, nämlich einen schwierigen Dienst. Angesichts des Wunsches nach Versöhnung mussten ihre Wut und ihr Gefühl, dass das irgendwie gerechtfertigt werden muss, was sie erlitten haben, zurückstehen. Deswegen sind wir diesen Menschen ausdrücklich dankbar.

Ich möchte auch den Menschen danken, die aus dem Westen und anderen Ländern in den Osten gekommen sind. Das war nicht einfach, hier Fuß zu fassen, sich hier zu engagieren für unsere Gesellschaft. Ich denke an Menschen, die es auch aufgegeben haben. Ich kenne konkret eine Familie in Bützow, die irgendwann gesagt hat, wir halten die Angriffe nicht mehr aus, wir gehen zurück. Deswegen bin ich dankbar für die, die durchgehalten haben und dieses Land mit uns gestaltet haben.

Und wenn ich über Menschen aus dem Westen rede, dann möchte ich ausdrücklich an zwei Personen erinnern: Das ist einmal Willy Brandt mit dem Thema ‚Wandel durch Annäherung‘, der dafür viel Kritik im Westen erhalten hat, aber auch an Helmut Kohl, dem ich ehrlich dankbar bin für die Tatsache, dass er damals das Thema deutsche Einheit wirklich angenommen und es vorangetrieben hat. [...]

Aber 1990, die Vereinigung, war ein wichtiges Datum. Die Schwierigkeit ist 1992 deutlich geworden in Rostock-Lichtenhagen an der ZAst. Dort hat die Zivilgesellschaft insgesamt versagt. Ich will jetzt nicht lange darüber debattieren, was da alles im Hintergrund gelaufen ist. Es waren Kompetenzstreitigkeiten zwischen Land und Stadt, und jeder hatte gute Gründe, das Problem hin und her zu schieben. Und auch auf Bundesebene hat man wahrscheinlich das Gefühl gehabt, die Diskussion, die Schwierigkeit der Diskussion vor Ort trägt dazu bei, bundespolitisch Änderungen, zum Beispiel beim Asylrecht, hinzubekommen.

Was vor Ort in Rostock passiert ist, ist für alle, die es erlebt haben, eine totale Katastrophe für die Demokratie gewesen. Ich bin den Menschen dankbar, die damals in Rostock dagegen auf die Straße gegangen sind, am Donnerstag, aber auch bei der großen Demonstration bundesweit am Samstag nach den Ausschreitungen in Lichtenhagen. Ich bin auch den Polizeibeamten dankbar, die letztendlich ihre Gesundheit und ihr Leben eingesetzt und sich durchaus in der ersten Reihe mit hingestellt und gesagt haben, wir wollen versuchen, dieses Haus zu schützen.

Wenn ich [...] über die vielen rede, die aus unterschiedlichen Gründen Verlierer der deutschen Einheit sind, die mit uns in diesem Land leben, dann können wir diese nicht alle rechtfertigen und müssen uns darum bemühen, dass diese Menschen mitgenommen werden. Ich glaube, dass das zentrale Thema ist, dass Menschen das Signal brauchen, gebraucht zu werden, dass ihr Leben, das sie für eine Gesellschaft mit einsetzen können, wirklich angenommen wird. Es reicht nicht, ihnen genügend Hartz IV zu zahlen, sondern wir brauchen das Signal und Möglichkeiten für diese Menschen, sich am Aufbau dieser Gesellschaft zu beteiligen.

„ Menschen brauchen das Signal, gebraucht zu werden. „

Wenn ich gefragt werde, warum ich die deutsche Einheit für einen Glücksfall halte, dann möchte ich zum Abschluss drei Punkte nennen. [...]

Der erste Punkt ist für mich: Gucken Sie sich die Situation der Heimkinder, der Behinderten, der Menschen in Pflegeheimen und der Kranken in der DDR und jetzt nach der deutschen Einheit an! Sie werden einen Riesenunterschied erkennen können. Das stellt nicht die Leistungen der Menschen infrage, die sich zu DDR-Zeiten für Behinderte, Kranke und Alte eingesetzt haben. Die haben ihr Möglichstes getan, aber die Gesellschaft konnte nicht mehr leisten für diese Menschen und wollte es zum Teil auch nicht. [...]

Der zweite für mich wichtige Punkt – oft vergessen, das ist übrigens auch eine Leistung der [...] ersten frei gewählten Volkskammer – ist, dass wir jüdische Gemeinden in Rostock und Schwerin haben. Das ist für mich ein großer Glücksfall.

Der dritte Punkt ist das Thema Flüchtlinge. Es ist für uns auch ein Zeichen, dass Menschen aus der ganzen Welt sagen: Dieses Land ist Hoffnung, dieses Land gibt uns Schutz und Sicherheit, und wir wollen mithelfen, dieses Land zu gestalten. Und das ist für uns die Aufgabe, nicht nur Schutz und Unterstützung zu geben, sondern den Flüchtlingen auch genau die Möglichkeit einzuräumen, in diesem Land gebraucht zu werden und ihren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten zu können. – Ich danke Ihnen.“



Aufmerksam verfolgen Mitglieder der Selbsthilfegruppe Poliomyelitis aus Rostock die Debatte.

Foto: Uwe Balewski

Vincent Kokert, CDU:

„Atemberaubende Entwicklung“

Foto: Uwe Balawski



„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, vor 25 Jahren wurde in der DDR die glücklichste Zeit eingeläutet, die wir erleben konnten. Deutschland hatte eine friedliche Revolution, friedlich – deshalb so betont, weil es das einzige Mal war, dass wir eine friedliche Revolution mit solchen Auswirkungen geschafft haben,

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

eine friedliche Revolution, die am Ende dazu führte, dass Deutschland in Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung wiedervereinigt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn es Politiker wie Gorbatschow, Bush oder Helmut Kohl und Willy Brandt gewesen sind, so waren es doch die einfachen Menschen in der ehemaligen DDR, die die Mauer zu Fall gebracht haben – welch Glücksfall für unsere jüngere Geschichte!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen nicht vergessen, es ging um eine Diktatur, die über den größten geheimpolizeilichen und geheimdienstlichen Apparat der Weltgeschichte verfügte. Er wirkt auch heute, 25 Jahre danach, noch bei vielen Menschen nach. Für das Ende der DDR, meine sehr geehrten Damen und Herren, gab es viele Gründe. Der greifbarste war wohl, dass der materielle Wohlstand in der DDR nicht so war, wie es das Politbüro immer wieder beschrieben hat und wie es die Tagespresse immer wieder eindrücklich berichtete, und das, obwohl von der DDR und insbesondere von der Führung bis zum Schluss behauptet wurde, die DDR wäre ein wirtschaftlich erfolgreiches und industriell hochstehendes Land. Wer damals mit offenen Augen durch die DDR fuhr, diejenigen, die das noch live erlebt haben, werden sich an die Bilder erinnern. Man hat sie ja schon fast vergessen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Grau, grau, grau.)

Ich finde es sehr beeindruckend, es gibt jetzt viele Bildbände ‚25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern‘ in ganz vielen Städten – wenn Sie sich die Bilder von damals und von heute mal ansehen und nebeneinanderlegen, dann will ich mich nicht dazu hinreißen lassen zu wiederholen, dass wir heute blühende Landschaften haben, aber zum Teil wiederhole ich das, was ich schon einmal gesagt habe: Mecklenburg-Vorpommern und unsere Heimat waren wahrscheinlich in ihrer Geschichte noch nie so schön wie jetzt.

Umso schmerzlicher ist es manchmal für mich, dass manch einer so tut, als wenn die DDR im Kern ein gesundes Land gewesen sei, das nach der Wiedervereinigung von westdeutschen Glücksrittern quasi ausgeplündert wurde und es damit einen wirtschaftlichen Niedergang gab und damit die steigende Arbeitslosigkeit.

Herr Kollege Holter, ich habe Ihrer Rede natürlich sehr genau zugehört. Dankenswerterweise haben Sie sie ja mittlerweile dann auch schriftlich an alle verschickt, dass ich das noch mal nachlesen konnte.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Gerne.)

Es klang bei Ihrer Rede so ein bisschen heraus, dass der Westen zum Teil die DDR so gesehen hat, als wenn man aus niederen Motiven Industrie abwickeln konnte und damit den gesamten Osten zu einer Brache gemacht hat. Und ich will Ihnen ganz deutlich sagen: jedenfalls für Mecklenburg-Vorpommern, für unser Bundesland und auch für die anderen Bundesländer, gilt das ganz ausdrücklich nicht. Ich finde es auch nicht in Ordnung, wenn Sie zwar sagen, ja, Mecklenburg-Vorpommern hat sich hervorragend entwickelt, den Leuten dann trotzdem in diesem Punkt immer wieder Sand in die Augen streuen. Stehen Sie doch auch zu Ihren eigenen Erfolgen und tun Sie nicht so, als wenn es in den letzten 25 Jahren gerade wirtschaftspolitisch hier nur Fehlentwicklungen gegeben hat!

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin auch sehr dafür, nicht zur Legendenbildung zu neigen. Legendenbildung heißt für mich, dass ich davon überzeugt bin, dass viele Menschen in der DDR zwar angepasst gelebt haben, intern trotzdem inneren Widerstand gefühlt haben und trotzdem ihren Mann beziehungsweise ihre Frau gestanden haben. Natürlich gab es in der DDR Familien, es gab Liebe, es sind Geburtstage gefeiert worden, und viele haben sich dort auch zu Hause gefühlt. Nichtsdestotrotz war die DDR als Staatssystem im Kern ein Unrechtsstaat, und daran, meine Damen und Herren, sollte man auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht rütteln.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„ Mecklenburg-Vorpommern war noch nie so schön wie jetzt. „

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben viele glückliche Stunden erlebt in den letzten 25 Jahren, und ich glaube, wir werden auch in der Zukunft noch viele glückliche Stunden erleben. Aber wir haben auch heute schon mehrfach gehört, wir stehen vor unglaublichen Herausforderungen.

Und ich will Ihnen gleich vorweg sagen, das habe ich jetzt in der Tagespresse gelesen, was der Ministerpräsident Volker Bouffier hier gesagt hat, die Flüchtlingskrise ist die größte Herausforderung, vor der Deutschland je stand, größer als die Wiedervereinigung. Da muss ich dem Kollegen in Hessen sagen, ich glaube, zu dieser Auffassung kann eigentlich nur ein Westdeutscher kommen, weil für die Bürgerinnen und Bürger der DDR gab es quasi eine Metamorphose, und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da haben Sie recht.)

und so würde ich mir jedenfalls die friedliche Revolution nicht kleinreden lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Wenn wir heute darüber sprechen, was für eine atemberaubende Entwicklung unser Land durchgemacht hat, dann müssen wir auch darüber sprechen, dass viele Leute sich 1990 und 1989 sogar schon auf den Weg gemacht haben.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren von der LINKEN, ich unterstelle Ihren Kollegen, die ja auch vor vielen Herausforderungen standen, dass sie sich ebenfalls 1990 um dieses Land verdient machen wollten, aber natürlich in der Bewertung der Regierungszeit zu anderen Auffassungen kommen als wir, Herr Kollege Holter, oder auch der Ministerpräsident. Ich habe Ihnen ja schon mehrfach gesagt, ich kann das auch nicht eindrücklicher belegen als mit den nackten Zahlen. Es war eben nicht die Zeit unter Rot-Rot, die zu finanzpolitischen Tugenden wieder zurückgefunden hat,

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Ach, ach, Herr Kokert!)

sondern ganz im Gegenteil, es war eine gestiegene Neuverschuldung, Herr Holter, in Höhe von 2,2 Milliarden. Und es bleibt dabei, Regierungszeit von Rot-Schwarz oder Schwarz-Rot, wie Sie es auch immer drehen wollen, heißt pro Jahr 100 Millionen Abbau von alten Schulden, Herr Kollege Ritter. Wenn Sie an diesen Zahlen was rumzumäkeln haben, kommen Sie doch nach vorn, kommen Sie doch nach vorn und begründen es anders! Das sind aber die nackten Fakten.

Und es ging sogar so weit, Herr Kollege Ritter, dass Ihr Haushalt, den Sie vorgelegt haben 2004 und 2005, vom Landesverfassungsgericht teilweise für verfassungswidrig erklärt

wurde. Also erzählen Sie doch hier nicht immer das Märchen, Sie haben haushaltspolitisch gute Arbeit geleistet!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann hat der Ministerpräsident Märchen erzählt.)

Ich finde das ein Stück weit unredlich. Bekennen Sie sich doch dazu, dann haben wir alle miteinander bei dem Thema weniger Streit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ein Koalitionspartner, unterstellt dem MP Lügen!)

Und was mir,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mann, Mann, Mann!)

was mir, bei aller Diskussion, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch bei aller Freude über 25 Jahre Wiedervereinigung und unser Land Mecklenburg-Vorpommern, in der aktuellen Debatte ein bisschen zu kurz kommt, Herr Kollege Holter, da sind wir wieder beieinander: Wir sind jetzt 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern, wenn Sie das auf ein Menschenleben beziehen, können Sie sagen, wir sind jetzt seit sieben Jahren volljährig, man befindet sich also gerade in der Lebenszeit, wo man überlegt, welchem Beruf man nachgehen möchte, wie man seine Familie ernähren möchte. Und ich glaube, es ist jetzt auch an der Zeit, darüber nachzudenken, wie sehen denn die nächsten 25 Jahre in Mecklenburg-Vorpommern aus.

(Beifall Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr gut. – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)



Erstrahlt wieder in voller Schönheit: Der sogn. Circus in Putbus auf Rügen.

Foto: Sascha Kilmer

Ich rufe alle im Landtag, außer der NPD, vertretenen Parteien auf: Lassen Sie uns doch in der Zukunft darüber nachdenken, welche Schwerpunkte wir setzen wollen!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na, nicht nur nachdenken, Verabredungen müssen wir treffen.)

Wir werden nämlich finanzpolitisch auf Dauer nicht viel bessere Zeiten erleben, als wir sie jetzt haben, und deswegen lassen Sie uns die Debatte dazu nutzen, um die nächsten 25 Jahre in Mecklenburg-Vorpommern genauso erfolgreich zu gestalten wie die letzten 25 Jahre! Dazu lade ich ausdrücklich auch die parlamentarische Opposition ein, daran mitzutun. – Ich bedanke mich bei Ihnen recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Udo Pastörs, NPD:

„Sie halten hier Sonntagsreden“



Foto: Uwe Baleski

„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sonntagsreden halten, das können Sie gut, Herr Sellering, [...] das können Sie fast so gut wie der Bundespräsident Herr Gauck, stets bemüht, dem deutschen Volke und damit auch den Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern in raffinierter Weise eine heile Welt vorzugaukeln.

Sie erwähnten in Ihren Ausführungen, dass es 1989 die Demonstranten in der DDR waren, die dafür gesorgt hätten, dass die Mauer gefallen ist. Das ist so. Sie erwähnten aber auch [...], dass sich in erster Linie einige [...] darum verdient gemacht hätten. Frau Bretschneider, Sie erwähnten den Herrn Caffier, und Sie erwähnten dann auch noch den einen oder anderen aus der Zeit nach der Wende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich behaupte, dass in erster Linie Ihre Aufgabe zu diesem Punkt es hier an dieser Stelle gewesen wäre, die Namen zu nennen von den Leuten, die vorher durch das Regime, wenn sie Widerstand geleistet hatten im ganz normalen Volk, ermordet wurden, an der Mauer erschossen und auch noch bis weit in die 60er-

Jahre hinein mit der Guillotine geköpft wurden. Das sind Fakten, die blenden Sie vollkommen aus. [...]

Der nächste Punkt ist, dass Sie immer herausstellen und immer wieder von Ihren Sprechkärtchen ablesen, [...], dass man eine schwarze Null bei der Haushaltsgestaltung schon seit zehn Jahren vorzuweisen habe. Sie unterschlagen allerdings, dass wir auf hohem Niveau verschuldet sind mit 10 Milliarden und daraus resultierend – selbst bei einem Ausgeschlossensein von zukünftigem Auftürmen von neuen Schulden, was ich nicht ausschließe bei der aktuellen politischen Situation – wir mindestens vier Generationen benötigen würden, um diese Schulden, vorausgesetzt, sie steigen nicht, überhaupt abtragen zu können aufgrund der Zins- und Zinseszinsbelastung, die Sie im Namen und auf der Last und auf den Schultern derjenigen Generationen aufgenommen haben, die heute noch gar nicht geboren sind [...]. Das sind Fakten, die Sie geflissentlich ausblenden.

Und ich muss Ihnen auch sagen, es ist schon an Ironie nicht zu überbieten, wenn Sie hier auf eine Zusammenarbeit verweisen, die Sie positiv bewerten in Richtung der Kommunisten um Herrn Holter, Neokommunist Holter und seine Arbeit damals in der rot-roten Koalition hier in diesem Haus. Der Herr Holter und seine Anhängerschaft sind die legitimen Kinder der Mauermeisterpartei SED, und das können Sie als Ministerpräsident auch mit Ihren weichen Sprüchen nicht wegdiskutieren.

Und dann schauen wir uns doch mal an, was der Herr Ministerpräsident denn sonst noch alles vergessen hat.

Wir haben hier seit 25 Jahren, Herr Sellering, eine objektive Deindustrialisierung des Landes zu beklagen. Die Wirtschaft, die wir hier noch haben, ist bis zu 80 Prozent mit einer Angestelltenzahl unter zehn. Wir haben im Bereich der Werften einen Niedergang erlebt unter Ihrer Regierungszeit, der grandios ist.

Wir haben im Bereich des Fördergeldmissbrauchs in Hunderten von Millionenhöhe nachgewiesenermaßen und Haftung des Landes, also des Steuerzahlers, was ebenfalls grandios ist, und ich muss Ihnen sagen, ich erkenne überhaupt nicht, dass für die Zukunft aus diesen Erfahrungen der letzten 10, 15 Jahre in diesem Bereich von Ihnen überhaupt ein konkreter Vorschlag gemacht wurde, wie man den Missbrauch von Steuergeld und wie man das Erschleichen von Steuergeld in Bezug auf Fördermittel beenden kann. Darüber schweigen Sie sich geflissentlich aus. Wo ist denn ein industrielles Großprojekt? Wo ist denn die Zukunft für die Jugend in diesem Land, die hier mit über 300.000 jungen Menschen die Flucht ergriffen haben vor Ihren blühenden Landschaften und die des Herrn Kohl?

„ Sie vertreiben die Deutschen und importieren die Fremden.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von 1995 an hat dieses Land einen Aderlass hinnehmen müssen von 1,81 Millionen Einwohnern zu heute 1,6 Millionen, und Sie sprechen von Mecklenburg-Vorpommern als Zukunftsland, wo man sich wohlfühlen kann. Da, wo man sich wohlfühlt – und dazu gehört auch vernünftige, gut bezahlte Arbeit –, flüchtet man nicht in andere Bundesländer oder gar ins Ausland. Sie vertreiben die Deutschen und importieren die Fremden, und dafür ist dann Geld in Milliardenhöhe auch in diesem Haushalt und zukünftig einzustellen. Das werden Sie noch erleben. [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen, mein lieber Herr Ministerpräsident, und Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, den guten Rat, nicht in den Fehler zu verfallen, die Proteste, die sich in ganz Deutschland deutlich feststellbar vergrößern und auch hier in Mecklenburg-Vorpommern, an denen ich, meine Fraktion und die NPD regelmäßig teilnehmen, gegen den Verrat am eigenen Volk zu unterschätzen.

Wenn Sie glauben, und jetzt zitiere ich mal eine ganz neue Meldung von heute Morgen, dass Sie sich gegen die Mehrheit des Volkes stellen können, die das nicht wollen. Heute Morgen ‚Focus online‘, Zitat: ‚Jeder zweite Deutsche will diese Politik nicht‘, die Sie hier in verräterischer Weise den Mecklenburgern und Pommern aufoktroyieren wollen, Herr Ministerpräsident. [...]

Redezeiten im Plenum

Über die Dauer und Gestaltung einer Aussprache entscheidet der Ältestenrat, in dem jede Fraktion vertreten ist. Für die laufende Wahlperiode haben sich die Fraktionen auf Redeblöcke geeinigt. Die Gesamtredezeit des jeweils vereinbarten Blocks wird auf die Fraktionen entsprechend ihrer Größe aufgeteilt:

	Block I	Block II	Block III	Block IV	Block V
Gesamt	30	45	60	90	120
SPD	11	17	23	34	46
CDU	7	11	15	23	30
DIE LINKE	6	9	12	18	24
B'90/	3	4	6	9	12
DIE GRÜNEN					
NPD	3	3	4	6	8

Nach einer Regierungserklärung kann je ein Vertreter der im Landtag vertretenen Fraktionen das Wort ergreifen. Zunächst wird dem Vertreter der stärksten Oppositionsfraktion das Wort erteilt.

Die Redebeiträge der Abgeordneten wurden für den Abdruck gekürzt. Für den Leser wird durch Auslassungszeichen verdeutlicht, wo Passagen entfallen sind. Wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit wurden auch viele Zwischenrufe weggelassen. Nach Udo Pastörs sprach noch Silke Gajek (B' 90/DIE GRÜNEN).

Die Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen. Auf dem Youtube-Kanal des Landtages finden Sie das Video der Plenarsitzung, sodass Sie sich die Debatte auch anschauen können.

Foto: Jens Büttner



Großbetrieb oder Familienunternehmen?

Grüne stießen Aussprache zur Agrarstruktur an

Die Grünen befürchten angesichts drastisch steigender Bodenpreise eine Verdrängung der heimischen Landwirtschaft zugunsten von Großbetrieben, denen es nicht um Ökologie und Nachhaltigkeit, sondern um möglichst hohe Rendite gehe. Weil in der Koalition zu diesem Thema „Schweigen im Wald“ herrsche, beantragten sie eine Aussprache zur Agrarstruktur im Land, „damit jede Fraktion einmal ihre Position darstellen kann“. Nach Auffassung der Grünen braucht M-V ein Agrarstrukturgesetz, um kleinere Betriebe besser zu schützen.

„In Mecklenburg-Vorpommern stiegen die Bodenpreise 2013 innerhalb eines Jahres um 25 Prozent“, verdeutlichte **Dr. Ursula Karlowski** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Situation. „Diese Preise werden in der Regel von außerlandwirtschaftlichen Investoren gezahlt.“ Das mache Grund und Boden zum „Spielball von Spekulanten“. In der Folge könnten Familienbetriebe und Genossenschaften kaum noch Land hinzukaufen oder pachten, weil die Preise in keinem Verhältnis zu den Erträgen aus landwirtschaftlicher Nutzung stünden. Infolge der Großstrukturen sei die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft in den vergangenen 14 Jahren von 4,3 auf 3,1 Prozent gesunken. „Das ist bestürzend.“ Mitverantwortlich machte Karlowski dafür den Umgang des Bundes mit den ostdeutschen Nutzflächen nach der Wende. Ihre Fraktion fordere ein landeseigenes Agrarstrukturgesetz. „Andernfalls sehe ich einen Strukturwandel in der Landwirtschaft, der nur Großinvestoren zugute kommt, denen die ökonomische und ökologische Entwicklung einer Region egal ist, solange die Gewinne stimmen.“

„Mecklenburg-Vorpommern hat eine der leistungsfähigsten Agrarstrukturen Deutschlands“, entgegnete Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus**. „Die Landesregierung arbeitet seit Jahren dafür, die Bedingungen für alle Landwirte gerecht zu gestalten.“ Er warf den Grünen vor, schon im Wahlkampf zu sein und die Landwirtschaft „zum letzten verbliebenen Kampffeld“ erkoren zu haben. „M-V war historisch betrachtet immer von großen landwirtschaftlichen Einheiten bestimmt.“ Auch er betrachte es mit Sorge, dass die Bodenpreise mit rund 17.536 Euro je Hektar nur noch knapp unter dem Bundesschnitt lägen. Das sei insbesondere der Privatisierungspflicht infolge der Wiedervereinigung geschuldet. „Das war, ist und bleibt ein Geburtsfehler der deutschen Einheit.“ Das Ganze jetzt zu begrenzen, gleiche jedoch dem Versuch, „Zahncreme zurück in die Tube drücken zu wollen“. Natürlich sei es schwer für junge Landwirte, das Geld aufzubringen. Wer könne es andererseits aber einem Landwirt, der sich zur Ruhe setzen will, verdenken, „nach all den Jahren Mühsal seine Anteile meistbietend zu verkaufen?“ Als Lösung den einzelnen Landwirt im Familienbetrieb privilegieren zu wollen, „zeugt von wenig Gespür und Realismus“.

Beate Schlupp (CDU) verglich das Thema der Aussprache mit einem „Überraschungsei“ aus Kindheitstagen, „das ich mit großen Erwartungen ausgewickelt habe, um dann meistens enttäuscht zu sein über das, was drin war“. Die Ausführungen der Grünen hätten sie „weder überrascht noch erfreut“. Für sie stehe die Größe des Betriebes im direkten Zusammenhang mit Tierwohl und Arbeitnehmerfreundlichkeit. „Kleine bäuerliche Familienbetriebe, wie die Grünen sie in ihrer romantisierten Vorstellung vor Augen haben“, könnten Angestellten weder geregelt frei oder Urlaub geben noch stetig wachsende Umwelt- und Tierschutzstandards erfüllen. Dass seit einigen Jahren verstärkt außerlandwirtschaftliches Kapital in Grund und Boden investiert werde, müsse man „natürlich kritisch betrachten“. Die Erfahrung zeige aber auch, „dass die rechtsstaatlichen Mittel zur Eindämmung dieser Erscheinung begrenzt sind“. Konkrete Vorschläge, wie sich das ändern ließe, seien die Grünen schuldig geblieben. „Das wäre eine Debatte, über die ich mich freuen würde“, so Schlupp.

Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE) mutmaßte, dass die Grünen das Thema in Anlehnung an einen Beschluss ihrer Landesdelegiertenkonferenz in den Landtag eingebracht haben. Darin werde vorgeschlagen, alle Pachtverträge für Landesflächen zu kündigen und die Flächen an kleinere Betriebe zu übergeben, erläuterte Tack. „Das ist Unsinn und mit uns niemals zu machen.“ Für falsch halte er auch das „Grundmantra“, wonach kleine Landwirtschaftsbetriebe „per se gut“ und große „das Böse schlechthin“ seien. Seine Kritik bedeute nicht, dass mit der Agrarstruktur des Landes „alles bestens“ sei. „Trotzdem unterstützen wir die Politik der Landesregierung, keine Landesflächen zu veräußern und langfristige Pachtverträge mit Landwirtschaftsbetrieben abzuschließen, die die Veredelungswirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern.“ Gleichwohl be-

nötige M-V ein Agrarstrukturfördergesetz – und eine Agrarpolitik, die großen und kleinen, konventionellen und ökologischen Betrieben „eine Perspektive jenseits des Dogmas ‚wachse oder weiche‘ ermöglicht“.

Dass die Landwirtschaft in M-V im Gegensatz zu anderen Flächenländern weitgehend von Großbetrieben geprägt sei, liegt nach Auffassung der NPD am Umgang mit den Flächen nach der Wende. In der Folge seien kleine landwirtschaftliche Betriebe zugunsten großer Agrarbetriebe benachteiligt worden, resümierte **Stefan Köster** mithilfe von Zitaten aus Presseberichten und dem Buch *Nehmt und euch wird gegeben: Das ostdeutsche Agrarkartell*. Während Minister Backhaus „die Interessenvertretung der Großbetriebe“ sei, fristeten viele bäuerliche Betriebe „ein eher kümmerliches Dasein“. Das Land betreibe eine Politik, „die nicht der Bedarfsdeckung für die Bevölkerung diene, sondern einzig der kapitalistischen Logik der maximalen Profitmehrerung“. Als Lösungsweg schlug er vor, „die Agrarbeihilfen an Beschäftigung und sozialen Mindeststandards in den Betrieben auszurichten“, „Agrarriesenbetriebe“ zu zerschlagen und stattdessen „viele kleine und mittelständische Landwirtschaften mit einer größeren Vielfalt im Stall und auf dem Acker“ aufzubauen.

„Undifferenzierte Generalangriffe“ nannte **Thomas Krüger** (SPD) die Kritikpunkte der Grünen. „Wenn Frau Gajek heute früh von einer völlig verfehlten Agrarpolitik spricht, dann gehe ich von Unkenntnis aus“, sagte er. Die Betriebsstrukturen im Land seien durch einen „gesunden Mix“ gekennzeichnet. Zwei Drittel der gut 4700 landwirtschaftlichen Betriebe seien familiengeführt, und die Bruttowertschöpfung liege mit ihren drei Prozent ungefähr doppelt so hoch wie im Bundesschnitt. „Bei uns werden außerdem knapp neun Prozent der Flächen ökologisch bewirtschaftet. Im Bundesdurchschnitt sind es nur 6,3 Prozent.“ Zudem dürfe man die Landwirtschaft nicht ohne die verarbeitende Industrie betrachten, mahnte er. Die Industrialisierung der Landwirtschaft generell zu verteufeln, halte er für nicht angebracht. „Wollen wir etwa die Rückkehr zu einer Landwirtschaft mit Schubkarre und Forke? Zu kleinen Betrieben, in denen freie Wochenenden und Urlaub unrealisierbare Träume sind?“ Allerdings sehe auch seine Fraktion die Konzentrationen in übergroßen Ställen, wie beispielsweise in Alt Telling, kritisch. „Die Diskussion um sozialräumlich verträgliche Lösungen werden wir daher weiterführen“, betonte Krüger. Bei allen Problemen, „die es zweifellos noch gibt“, sei die Landwirtschaft in M-V jedoch eine „stabile Branche“. „Diese Entwicklung wollen wir auch in Zukunft konstruktiv und kritisch begleiten.“

Foto: Jens Büttner





Foto: Jens Büttner

In der Landtagsdebatte zur Entwicklungspolitik ging es nicht vorrangig um die Aktivitäten der Bundesregierung, sondern um das landespolitische Engagement für Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern.

Entwicklungspolitik

Landtag verpflichtet Regierung zu regelmäßigen Berichten

Die Landesregierung muss die Landtagsabgeordneten künftig regelmäßig über die Entwicklungspolitik des Landes informieren. Flüchtlingsströme, humanitäre Katastrophen und Globalisierung stellen die Entwicklungspolitik vor immer neue Herausforderungen – auch in Mecklenburg-Vorpommern, begründete die Koalition ihren Vorstoß, der auch bei den Grünen auf Zustimmung stieß. Der von der SPD initiierte Antrag stand unter der Überschrift, bürgerschaftliches Engagement in der Entwicklungspolitik zu würdigen. Im Verlauf der Debatte rückte jedoch das landespolitische Engagement in den Vordergrund.

„In der Öffentlichkeit entsteht oftmals der Eindruck, dass Entwicklungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern nur eine geringe Rolle spielen würde“, sagte **Dagmar Kaselitz** (SPD). Dem sei jedoch mitnichten so. Sie verwies auf das Eine-Welt-Landesnetzwerk, auf Projekte wie die „Fair-Handels-Beratung MV“, 20 Weltläden und Fairhandelsgruppen und auf die Aktion „Stadt des fairen Handels“. „Rostock war die erste Stadt in M-V, die diesen Titel 2013 erhalten konnte. Schwerin und Güstrow machen auch mit.“ Auf Initiative ihrer Fraktion beteilige sich M-V zudem seit 2014 „als erstes Bundesland am Eine-Welt-PromotorInnenprogramm.“ All die Netzwerke seien wichtige Partner für Entscheidungsträger und Belege für ein breites bürgerschaftliches Engagement. „Als Bildungspolitikern ist für mich die Bildungsarbeit eine der wichtigsten Säulen

der Entwicklungspolitik“, betonte Kaselitz. Nur wer Ursachen und Fakten kenne und die Folgen des eigenen Handelns hinterfrage, könne globale Entwicklungen richtig einordnen.

„Ich muss gestehen, ich bin hin- und hergerissen zum Umgang mit diesem Antrag“, machte **Barbara Borchardt** (DIE LINKE) deutlich. Grundsätzlich teile ihre Fraktion den Ansatz. Der Antrag sei jedoch ein Spiegelbild der globalen Situation: Er enthalte „gut gemeinte Ideen, aber für die Menschen in den Entwicklungsländern passiert am Ende nicht viel.“ Einen Runden Tisch zu veranstalten, mit Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten, Aus- und Weiterbildungen für Fachkräfte aus Entwicklungsländern zu unterstützen und Überschüsse aus der Bingo-Lotterie für Entwicklungsprojekte zur Verfügung zu stellen, „ist zwar lobenswert, aber ein recht bescheidener Beitrag“ der Landesregierung. Zumal diese die Weiterbildungsgelder künftig drastisch kürzen wolle. Sie könne sich daher nicht des Eindrucks erwehren, dass es den Sozialdemokraten „gar nicht so sehr um das Thema selbst geht, sondern darum, der Regierung auf die Schultern zu klopfen. Das entwertet den Antrag für mich.“ Entwicklungspolitik brauche nicht nur bürgerschaftliches Engagement, sondern müsse vordergründig „an den strukturellen Problemen ansetzen, die durch die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung hervorgerufen werden“. Ihre Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Andreas Texter (CDU) war dem Koalitionspartner „sehr dankbar“, dass er das Thema Entwicklungshilfe auf die Tagesordnung gesetzt habe. „Die Entwicklungspolitik wird sich wandeln und in Zukunft viel stärker danach ausrichten, wie Menschen in Krisengebieten wirksam geholfen werden kann.“ Gleichwohl dürfe nicht verkannt werden, dass Meck-

lenburg-Vorpommern in der Entwicklungshilfe „ein Zwerg“ sei. „Im Orchester aus Bund und Ländern spielt es sinnbildlich nicht die erste Geige. Gemessen an der Finanzkraft, der Bevölkerungszahl und den strategischen Interessen unseres Bundeslandes wäre alles andere auch sehr verwunderlich.“ Die Aktivität konzentrierte sich in erster Linie auf die finanzielle Unterstützung von Aus- und Weiterbildung für Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungsländern. Anknüpfend an Dagmar Kaselitz warb auch er für die Entwicklungspolitischen Tage im November mit ihren gut 120 Vorträgen, Lesungen, Filmen und Workshops. „Sie sind die wichtigste landesweite Veranstaltung zu entwicklungspolitischen Themen.“ Dem Änderungsantrag der Grünen erteile seine Fraktion eine Absage. „Einen Etat einzurichten und einen Beirat zu gründen, halten wir nicht für zielführend.“

Dr. Ursula Karlowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßte es einerseits, dass mit dem Antrag „das großartige zivilgesellschaftliche Engagement in der Entwicklungspolitik“ stärker gewürdigt werden soll. Andererseits habe sie der Antrag aber auch „ziemlich ernüchtert“. Die Forderung, den Europa- und Rechtsausschuss regelmäßig über die entwicklungspolitische Arbeit der Staatskanzlei zu unterrichten, greife deutlich zu kurz. „Was ist ein regelmäßiger Abstand? Und was macht der Ausschuss mit den Informationen? Das ist offen.“ Ihre Fraktion sehe Entwicklungspolitik als eine Querschnittsaufgabe, die nicht losgelöst von anderen Politikfeldern, wie Wirtschaft, Energie, Bildung oder Landwirtschaft, betrachtet werden dürfe. Bislang hätten viele Projekte im Ergebnis nicht viel mit Entwicklungspolitik zu tun. „Viel zu oft geht es darum, Absatzmärkte für die eigenen Produkte zu schaffen.“ Ein weiterer Kritikpunkt: Der Entwicklungspolitik des Landes mangle es an einem eigenen Referat, einem Etat und an konkreten Leitlinien. Sie appellierte an die Koalitionsfraktionen, einem entsprechenden Änderungsantrag der Grünen zuzustimmen. „Dann sind Sie einen ganzen Schritt weiter als mit Ihrem Ursprungsantrag.“

Michael Andrejewski (NPD) hielt es für „zynisch“ und „frech“, wie SPD und CDU „die großen Entwicklungshelfer geben“. In Wirklichkeit betreibe die Koalition „Anti-Entwicklungspolitik“. „Sie sind stolz darauf, dass Sie den Entwicklungsländern das wertvollste, was diese haben, wegnehmen wollen: junge, qualifizierte Leute“, sagte er unter Verweis auf die Flüchtlingspolitik. Sich „gut ausgebildete junge Leute zu schnappen“ und „Gesundheitssysteme dieser Länder zu plündern“, sei keine Entwicklungspolitik. „Das ist Vampirismus.“ Einer zerstörten Volkswirtschaft in der Dritten Welt und Osteuropa helfe dann auch das Geld aus der Bingo-Lotterie nicht. Als „widersinnig“, „dumm“ und „bösaartig“ bezeichnete er es, Afghanistan Millionen für die Entwicklungshilfe zu geben und „unsere Soldaten“ dort zu stationieren und auf der anderen Seite „wehrpflichtige junge Männer aus Afghanistan hier zu begrüßen“. Am Ende gehe es der Politik einzig und allein um „maximalen Profit“.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/4591

Änderungsantrag B' 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/4622

Armut in M-V

Linksfraktion holte AWO-Forschungsbericht in den Landtag

Die Fraktion DIE LINKE ist mit ihrem Ansinnen gescheitert, die Landesregierung zu Konsequenzen aus dem jüngsten AWO-Forschungsbericht zur Armut in M-V zu drängen. Bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der SPD lehnten die Koalitionsfraktionen SPD und CDU es ab, den Landtag bis Ende März 2016 über entsprechende Schlussfolgerungen zu unterrichten. Auch die NPD stimmte dagegen. Die Arbeiterwohlfahrt hatte in einer gut 300-seitigen Analyse die Armut in Mecklenburg-Vorpommern untersucht und die Ergebnisse im September veröffentlicht. Neben statistischen Daten wurden mehr als 50 Interviews mit Alleinerziehenden, Langzeitarbeitslosen, Migranten, Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen in die Arbeit einbezogen.

„Die Armutsquote in M-V beträgt, gemessen am Bundesdurchschnitt, 23,7 Prozent. In den nächsten 15 Jahren könnte jeder vierte Senior in Altersarmut leben; und auch die Kinderarmut ist gestiegen“, listete **Torsten Koplín** (DIE LINKE) einige der Ergebnisse aus dem Bericht auf. „Diese Fakten müssen uns umtreiben!“ Umso überraschter sei er gewesen, dass das Sozialministerium den Bericht in keiner Pressemitteilung erwähnt oder gewürdigt habe. Das sei bedauerlich, da er auch neue Erkenntnisse enthalte und sich intensiv mit regionalen und demografischen Zusammenhängen von Armut auseinandersetze. Für „bemerkenswert“ halte er den Hinweis, wonach selbst der Breitbandausbau ein Aspekt sei, um die Bekämpfung von Armut anzugehen. In der Konsequenz seiner Analyse empfehle der Forschungsbericht unter anderem eine eigene Sozialberichterstattung für M-V, die Verbesserung der Einkommenssituation und die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes. „Für uns ist es wichtig zu erfahren, welche Konsequenzen die Landesregierung aus den Empfehlungen zieht und in welcher Schrittfolge“, bekräftigte Koplín die Forderung seiner Fraktion.

Sozialministerin **Birgit Hesse** bescheinigte den Verfassern des Forschungsberichts, die Daten gut aufbereitet und eingeordnet zu haben. Damit könne man „gut arbeiten“. Allerdings enthalte er keine Neuigkeiten. „Die Konsequenzen ziehen wir schon seit einer ganzen Weile.“ Die Erfolge dabei könne auch die Opposition nicht negieren, sagte sie unter Verweis auf gesunkene Arbeitslosenzahlen, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, den Mindestlohn und individuelle Unterstützung durch Familiencoaches. Die Forderung nach einer eigenen Sozial- und Armutsberichterstattung des Landes lehnte die Ministerin ab. „Die Zahlen, die wir als Grundlage für unsere Politik brauchen, gibt es bereits durch den Mikrozensus oder einschlägige Studien. Wir setzen unsere Energie also besser dafür ein, Dinge anzupacken, statt sie in unnötiger Redundanz aufzuschreiben.“ Unterm

Strich sehe sie die Handlungsempfehlungen aus dem Forschungsbericht „als Bestätigung unserer Politik“. Folglich laufe der Antrag der Linken „ins Leere“.

Jörg Heydorn (SPD) warf den Linken vor, den Forschungsbericht „politisch zu instrumentalisieren, um zu zeigen, wie prekär die Lebensverhältnisse für große Teile der Bevölkerung sind. Doch genau das sind sie nicht“. Der Bericht müsse inhaltlich „sehr differenziert betrachtet werden“. Den Fokus nur auf die Einkommensarmut zu legen, verallgemeinere die Situation zu sehr. Mietpreise, Bildungsangebote und kulturelle Teilhabe dürften in der Beurteilung nicht unberücksichtigt bleiben. Bis zum 31. März 2016 Vorschläge für Konsequenzen zu fordern, halte er für „unangemessen“. Solch einen „Schnellschuss“ werde es mit seiner Fraktion nicht geben. Sie werde vielmehr darauf hinwirken, dass sich der Sozialausschuss „im Rahmen der Selbstbefassung“ in einem „sehr sachgerechten Umgang“ mit dem Bericht auseinandersetzt und dann daraus „die notwendigen Ableitungen trifft“.

„Herr Heydorn, ich wusste gar nicht, dass ein Antrag auf Konsequenzen so ein Frontalangriff ist“, wunderte sich **Silke Gajek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) über ihren Vorredner. „Wenn es solch einen Bericht gibt, dann ist es Recht und Pflicht der Opposition, zu fragen: Wie gehen wir damit um?“ Niemand werde das Land schlechtreuen. „Es nützt aber auch nichts, Dinge immer wieder schönzureden, wenn die Realität eine andere ist.“ Wenn es um Langzeitarbeitslose geht, beschleiche sie manchmal „das Gefühl von täglich grüßt das Murmeltier“. Immer wieder werde über einen sozialen Arbeitsmarkt geredet, erst kürzlich wieder im Sozialausschuss. „Doch konkrete Ansätze, die gibt es nicht.“ Auch ein gemeinsamer Antrag ihrer Fraktion und der Linken für ein Modellprojekt habe vor anderthalb Jahren keine Mehrheit im Landtag gefunden. „Wir setzen uns nach wie vor dafür ein und werden auch nicht locker lassen.“

„Uns war natürlich klar, meine Damen und Herren von den Linken, dass Sie das Thema aufgreifen werden“, sagte **Maika Friemann-Jennert** (CDU). Die Koalition wisse um die „ver-

schiedenen Armutsaspekte“ und ziehe „sehr wohl“ ihre Schlussfolgerungen aus Berichten und Analysen. Auch die Enquetekommission befasse sich mit dem Thema. „Daher ist es nicht notwendig, Konsequenzen aus einem einzigen Forschungsbericht zu ziehen.“ Wer davon spreche, dass jeder Fünfte von Armut bedroht sei, schaue nur halb hin. „Legt man den Berechnungen zum Einkommensniveau das niedrige Durchschnittseinkommen von M-V zugrunde“, ergebe sich ein Anteil von 13,5 Prozent – und der liege sogar unter dem Bundesschnitt von 15,5 Prozent. Die Christdemokratin bezweifelte, dass eine regelmäßige Sozial- und Armutsberichterstattung Sinn machen würde. Sie ziehe es vor, „den Blick konsequent darauf zu richten, was in Arbeit mündet“. Und da sei bereits vieles auf den Weg gebracht worden. Auf Forderungen nach einem staatlich finanzierten sozialen Arbeitsmarkt zu reagieren, sei hingegen Sache des Bundes.

„Es ist bezeichnend, wenn Sie erst einen Armutsbericht benötigen, um festzustellen, wie weit die Verarmung unserer Heimat bereits fortgeschritten ist“, fand **Tino Müller** (NPD). Er warf den Abgeordneten der anderen Fraktionen vor, „als parteipolitische Opportunisten, Karrieristen und Nutznießer des Systems keinerlei Bezug mehr zum einfachen Volk“ zu haben und sich den Problemen „nur auf abstrakter Ebene zu nähern“. Fast 100.000 Hartz IV-Empfänger im Land seien „ebenso viele Anklagen gegen Ihre völlig verfehlte und asoziale Politik der letzten 25 Jahre“. Mit Minijobs, Lohndumping und befristeten Stellen ließen sich Armutsprobleme nicht lösen. Auch nicht mit fünf oder zehn Euro mehr Hartz IV. „Die Leute brauchen keine Almosen, sondern Arbeit und Sicherheit.“ Dazu gehöre auch, ihnen anstelle von „albernen und unnützen Beschäftigungstherapien“ zügig „Weiterbildungen und den Besuch von Berufs- und Hochschulen zu ermöglichen“.

Der Antrag der Linken, die Vorlage zur Detailberatung in den Sozialausschuss zu überweisen, fand keine Mehrheit.
Antrag DIE LINKE Drucksache 6/4585



Gebrauchte, aber gut erhaltene Artikel im Regal eines Sozialkaufhauses.

Foto: Jens Büttner

Weitere Beschlüsse

Straßenbau

Das Land strukturiert die Straßenbauverwaltung um. In diesem Zusammenhang übernimmt das Landesamt für Straßenbau und Verkehr die Zuständigkeit für die Autobahnen in M-V. Der Landtag hat am 21. Oktober mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einer entsprechenden Änderung des Straßen- und Wegegesetzes zugestimmt. Die Neuorganisation der Straßenbauverwaltung sei erforderlich, weil es immer weniger Straßenneubauprojekte gebe und der Fokus auf der Unterhaltung bestehender Straßen liege, so die Landesregierung. Ein weiterer Anpassungsbedarf ergebe sich zudem aus der Kreisgebietsreform sowie dem Personalkonzept für die Landesverwaltung. Im Ergebnis sollen Aufgaben zentralisiert und Doppelstrukturen vermieden werden.

Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/4088
Beschlussempfehlung Energie- und Verkehrsausschuss
Drucksache 6/4606

Vereinsrecht

Vereinsverbote in Mecklenburg-Vorpommern durchzusetzen, ist künftig Aufgabe des Landeskriminalamtes. SPD, CDU, Linke und Grüne haben am 21. Oktober in zweiter Lesung dem Gesetzentwurf der Landesregierung zugestimmt, diese Aufgaben von den Landkreisen und kreisfreien Städten auf die Landesbehörde zu übertragen. Das soll die Umsetzung eines Verbots erleichtern. Da die Mitglieder eines Vereins in der Regel in verschiedenen Amtsbereichen wohnen, waren bislang mehrere Ordnungsbehörden beteiligt. Das führe zu einem großen Verwaltungsaufwand und gefährde die Geheimhaltung, argumentierte die Landesregierung.

Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/4174
Beschlussempfehlung Innenausschuss Drucksache 6/4613

Landesdisziplinalgesetz

Für gerichtliche Disziplinarverfahren gegen Landesbeamte gelten künftig Festgebühren, die unabhängig vom Streitwert sind. „Im Interesse einer einheitlichen Verfahrensweise“ griff das Land damit entsprechende Regelungen gegen Bundesbeamte auf. Die Novelle des Landesdisziplinalgesetzes schließe „Regelungslücken und -defizite“, so die Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf. SPD, CDU, Linke und Grüne stimmten den Änderungen zu, die NPD enthielt sich.

Antrag Landesregierung Drucksache 6/4470
Beschlussempfehlung Innenausschuss Drucksache 6/4612

Landesjustizkostengesetz

Nehmen Unternehmen und Privatpersonen Leistungen der Justizverwaltung in Anspruch, müssen sie dafür künftig zum Teil höhere Gebühren zahlen. Das Land hat erstmals seit 1993 die Gebührensätze verändert und „der Verbraucher-

preisentwicklung“ angepasst. Darüber hinaus mussten das Landesjustizkostengesetz sowie das Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetz überarbeitet werden, weil einige Inhalte auf Bundesrecht verweisen und dieses sich in Teilen verändert hat. SPD, CDU, DIE LINKE und B' 90/DIE GRÜNEN folgten der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses und stimmten dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu, die NPD lehnte ihn ab.

Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/4050
Beschlussempfehlung Europa- und Rechtsausschuss
Drucksache 6/4607

Landesforstanstalt



Jörg Heydorn ist in den Verwaltungsrat der Landesforstanstalt wiedergewählt worden. Der SPD-Abgeordnete setzte sich in der Landtagssitzung am 22. September in geheimer Wahl mit 36 zu 17 Stimmen gegen Dr. Ursula Karlowski von den Grünen durch. Die Wahl war nötig, weil Heydorns Mitgliedschaft in dem Gremium nach fünf Jahren turnusgemäß auslief. Dem neunköpfigen Verwaltungsrat gehören qua Gesetz auch zwei Abgeordnete des Landtages an. Neben Jörg Heydorn ist das derzeit Beate Schlupp von der CDU.

Wahlvorschlag SPD Drucksache 6/4597
Wahlvorschlag B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/4596

Gewässerunterhaltung

Die Gewässerunterhaltungsverbände im Land dürfen ihre Gebiete nicht an Gemeindegrenzen ausrichten, sondern müssen dafür die Wassereinzugsgebiete zugrunde legen. Maßgebend für die Einteilung sind dabei die Einzugsgebiete, die das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie im Umweltportal ausweist. Das stellt das geänderte Gesetz über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden klar. In der Vergangenheit waren etliche Verbände von diesen Vorgaben abgewichen. Das machte die Gebührensatzungen der Gemeinden, mit denen diese ihre Beiträge an die Verbände auf die Grundstückseigentümer umlegen, unwirksam und die Gebührenerhebungen rechtswidrig. Den Änderungsbeschluss fasste der Landtag am 21. Oktober einstimmig.

In Verbindung damit stimmte er zudem über einen von der CDU eingebrachten Antrag ab. Dieser fordert die Landesregierung unter anderem auf, bei den Vorgaben zur Gewässerunterhaltung sowohl den Ansprüchen von Flächeneigentümern und -nutzern als auch der Wasserrahmenrichtlinie gerecht zu werden und zum Schutz angrenzender Flächen einen ordnungsgemäßen Wasserabfluss sicherzustellen. SPD, CDU, Linke und Grüne stimmten dafür, die NPD enthielt sich.

Gesetzentwurf SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/4473
Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/2128
Beschlussempfehlung Agrarausschuss Drucksache 6/4605



Der Finanzausschuss des Landtages M-V. v.l. Vorsitzender Torsten Koplin, Johannes Saalfeld, Dagmar Kaselitz, Thomas Schwarz, Jeannine Rösler, Tilo Gundlack, Egbert Liskow, Patrick Dahlemann (nicht im Bild: Dietmar Eifler, Burkhard Lenz, Udo Pastörs)

Foto: Landtag M-V

Landeshaushalt für 2016/2017

Interview mit Torsten Koplin, Vorsitzender des Finanzausschusses, zu den Haushaltsberatungen

In einer Sondersitzung am 8. September hatte der Landtag den Entwurf der Landesregierung für den Doppelhaushalt 2016/2017 in Erster Lesung beraten. Die Federführung für die folgenden Detailberatungen in allen Fachausschüssen des Landtages liegt beim Finanzausschuss. Hier laufen auch die Stellungnahmen der Fachausschüsse zusammen. Im Ergebnis wird der Finanzausschuss dem Landtag für die Zweite Lesung im Dezember seine Beschlussempfehlungen zuleiten.

Herr Koplin, am 8. September hat der Landtag den Entwurf des neuen Doppelhaushaltes 2016/2017 in seine Ausschüsse überwiesen.

Wie ging es danach weiter?

Mit der Überweisung des Haushaltsentwurfs beginnt für alle Fachausschüsse eine sehr zeit- und arbeitsintensive Phase. Der Finanzausschuss hat den Mitberatern für ihre Stellungnahmen eine Frist bis zum 23. Oktober gesetzt. Das bedeutet, die Ausschüsse hatten für ihre Beratungen und Anhörungen maximal sieben Wochen Zeit.



Im Gespräch mit den LandtagsNachrichten erklärt Ausschussvorsitzender **Torsten Koplin** die bisherige Arbeit.

Wie viele Anhörungen wurden durchgeführt?

Es fanden sechs teils öffentliche und teils nichtöffentliche Anhörungen statt. Gegenstand der Anhörungen waren der Einzelplan des Justizministeriums insgesamt, die Themen Arbeitsmarktförderung, Krankenhausfinanzierung sowie Kinder- und Jugendpolitik aus dem Einzelplan des Sozialministeriums, Weiterentwicklungsmöglichkeiten für ein landesweit nachhaltiges und effizientes ÖPNV/SPNV-Angebot aus dem Einzelplan des Energieministeriums sowie Fragen zum Finanzausgleichsgesetz (FAG) und den Verbundquoten. Für den Finanzausschuss war es eine große Arbeitserleichterung, dass die mitberatenden Ausschüsse Anhörungen durchgeführt haben. Denn wir beraten jeden Einzelplan mit den dafür verantwortlichen Ministern bzw. den betreffenden Staatssekretären in mehrstündigen Sitzungen persönlich, sodass uns kaum Zeit für Anhörungen bleibt. Außerdem sitzen in den einzelnen Ausschüssen die Fachpolitiker,

die die verschiedenen Themen nicht nur aus der Sicht des sparsamen Finanziers betrachten, sondern natürlich auch die fachliche Seite beleuchten.

Was ist jetzt noch zu tun, und liegen Sie im Zeitplan?

Der Finanzausschuss hat seine inhaltlichen Beratungen am 5. November abgeschlossen und in seiner Sitzung am 12. November bereits über die ersten Änderungs- und Entschließungsanträge der Fraktionen abgestimmt. Am 26. November wollen wir unsere Haushaltsberatungen dann abschließen und die Beschlussempfehlungen für den Landtag endbearbeiten.

Und – ja, wir liegen im Zeitplan, sodass der Landtag in seiner Sitzungswoche im Dezember die Zweite Lesung zum Haushalt durchführen kann. Allerdings werden wir bis dahin auch noch einige lange Tage vor uns haben, da der umfangreiche Bericht über die Haushaltsberatungen noch erstellt werden muss. Aber auch das werden wir meistern.

EU-Besuch im Landtag

Luxemburgischer Botschafter und Vertreter der EU-Kommission zu Gast im Europa- und Rechtsausschuss

Am 14. Oktober war der Botschafter des Großherzogtums Luxemburg, Seine Exzellenz Georges Santer, zu Gast im Europa- und Rechtsausschuss. Er informierte die Abgeordneten über die Schwerpunkte des luxemburgischen EU-Ratsvorsitzes. Als weiterer Gast von der EU-Ebene stand Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, im Ausschuss Rede und Antwort.

Im Vordergrund der Gespräche standen die Arbeit der luxemburgischen Ratspräsidentschaft und die Herausforderungen der Flüchtlingskrise. Es wurden aber auch andere Themen, wie zum Beispiel der aktuelle allgemeine Zustand der Europäischen Union, diskutiert. Einhellige Meinung: es muss nicht weniger, sondern mehr Europa geben. Europa müsse als gemeinsames Projekt von EU, Mitgliedstaaten, Regionen und Bürgern wahrgenommen werden – gerade auch in der Flüchtlingspolitik.

Im Zuge der aktuellen europäischen Agenda hat sich der Europa- und Rechtsausschuss mit dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2015 befasst. Auf der Grundlage der Unterrichtung durch die Landesregierung zu den

Foto: Cornelius Kettler



Der Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland Richard Kühnel und der luxemburgische Botschafter Georges Santer informierten im Landtag über aktuelle EU-Themen.

europapolitischen Schwerpunkten des Landes sowie der Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse ging es u.a. um die Strategie für ein neues, integriertes Binnenmarktkonzept, den Vorschlag für eine Verordnung über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht, aber auch um die beabsichtigten Maßnahmen der Kommission zur aktuellen Flüchtlingssituation.

Der Europa- und Rechtsausschuss hat als Federführer auf der Grundlage seiner eigenen Beratungsergebnisse sowie der Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse für den Landtag eine Beschlussempfehlung und einen Bericht erarbeitet. Dieser wurde in der Plenarsitzung am 21. Oktober angenommen.

Unterrichtung durch die Landesregierung

Drucksache 6/3879

Beschlussempfehlung und Bericht des Europa- und Rechtsausschusses Drucksache 6/4608

Windenergie

Wirtschaftsausschuss hörte Experten zur Volksinitiative „10H-Regelung“ an

Der Wirtschaftsausschuss führte am 5. November eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Volksinitiative zur Änderung der Landesbauordnung durch. Nach dem Willen der Initiative soll der Mindestabstand von Windrädern zu Wohnhäusern dem Zehnfachen der Anlagenhöhe entsprechen (10H-Regelung). Hierzu wurden neun Sachverständige gehört. Als ihre Forderung nach einer sofortigen Entscheidung des Ausschusses nicht erfüllt wurde, verließen der Vorsitzende und weitere Vertreter des Aktionsbündnisses sowie einzelne Zuhörer die laufende Sitzung.

Zu Beginn der Anhörung bekam der Vorsitzende des „Aktionsbündnisses gegen unkontrollierten Windkraftausbau“ **Norbert Schumacher** die Möglichkeit, die Volksinitiative vorzustellen. Als Kompromiss schlug Schumacher vor, bis

zum Jahresende die Länderöffnungsklausel in einer „den Abgeordneten zweckmäßig erscheinenden Form“ wahrzunehmen, und forderte hierzu eine sofortige Antwort. Der Ausschussvorsitzende Dietmar Eifler und weitere Abgeordnete erläuterten daraufhin anhand der Geschäftsordnung das Verfahren bei Anhörungen und klärten nochmals darüber auf, welche Rechte dem Aktionsbündnis im Rahmen der Anhörung zustehen. Dann wurde die Anhörung im Einvernehmen aller Ausschussmitglieder fortgesetzt. Daraufhin verließen Norbert Schumacher sowie weitere Vertreter der Volksinitiative demonstrativ den Sitzungsraum.

Prof. Dr. Michael Sauthoff, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Greifswald, erläuterte die Gesetzeslage und sprach zu möglichen Beeinträchtigungen durch Lärm, durch eine optisch bedrückende Wirkung, durch Schattenwurf und zur Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Er betonte jedoch, dass es trotz der Länderöffnungsklausel bei der Privilegierung des § 35 BauGB (Zulässigkeit von Bauvorhaben im Außenbereich) geblieben sei. Es müsse ein abgewogenes Verhältnis gefunden werden.

Andree Iffländer, Vorsitzender WindEnergy Network e. V., und **Andreas Jesse**, Landesvorstand BWE Mecklenburg-Vorpommern, betonten, dass es in Mecklenburg-Vorpommern keinen unkontrollierten Ausbau von Windenergie gebe. Zudem wäre das energiepolitische Konzept der Landesregierung mit der geforderten 10H-Regelung nicht erreichbar.

Prof. Dr. Gundula Hübner (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) legte dar, dass es keinen bedeutsamen Zusammenhang zwischen Abstand, Akzeptanz und Belästigung durch Windenergieanlagen gibt, sofern die Vorschriften zum Immissionsschutz eingehalten würden. Die Einbindung in den Planungsprozess sowie eine finanzielle Beteiligung könnten eine positive Wahrnehmung fördern.

Ab einem Abstand von 1000 m gibt es nach Aussage von **Dr. H.-Peter Neitzke**, Geschäftsführer ECOLOG-Institut für sozialökologische Forschung und Bildung gGmbH, keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die Schallimmissionen von Windenergieanlagen. Die von modernen Wind-

energieanlagen verursachten Infraschallimmissionen lägen deutlich unterhalb der durchschnittlichen Hör- und Wahrnehmungsschwelle und stellten ebenfalls keine Gefährdung der Gesundheit dar.

Bernd Fischer, Geschäftsführer des Landestourismusverbandes, verwies auf das Ergebnis einer im Sommer 2015 durchgeführten Befragung von Urlaubern zu Offshore-Windenergie. Danach würden 18,9 Prozent der Befragten wegen eines sichtbaren Windparks an der Küste nicht wieder ihren Urlaub dort verbringen. Es sei davon auszugehen, dass ein übermäßiger Ausbau der Windenergie zu einer Abwanderung von Touristen führen könne. Allerdings spiele auch der Charakter des Standortes eine besondere Rolle bei der Bewertung.

Arp Fittschen vom Städte- und Gemeindetag M-V hält die 10H-Regelung für rechtlich nicht zulässig. Sie lege nicht, wie § 249 Absatz 3 BauGB vorschreibe, einen bestimmten, sondern nur einen bestimmbaren Abstand fest. Der Abstand sei nämlich abhängig von der Höhe der Windenergieanlage. Innerhalb dieses Abstandsgebietes würde dann die Privilegierung nicht mehr gelten, sodass die Gemeinden hier wieder die Planungshoheit hätten und über den Bau von Windenergieanlagen entscheiden könnten. Letztlich würde der „Schwarze Peter“ für die Entscheidung, ob in dem nicht-privilegierten Bereich Anlagen errichtet werden dürfen, auf die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker abgewälzt.

Rolf Christiansen, Landrat des Landkreises Ludwigslust-Parchim und Vorsitzender des Planungsverbandes Westmecklenburg, verwies auf eine eigene Untersuchung der noch zur Verfügung stehenden Windenergie-Flächen in seinem Landkreis. Bei einem Abstand von 1000 m seien dies etwa 10.200 ha, bei der 10H-Regelung würde die Fläche auf 550 ha reduziert. Deshalb plädierte er, wie auch der Bürgermeister der Gemeinde Süderholz **Alexander Benkert**, für die Beibehaltung der derzeitigen Zuständigkeit der Planungsverbände, da diese einen geordneten Ausbau von Windenergie im Land sicherstellen. Mit Blick auf die Akzeptanz sprach sich Benkert für eine Beteiligung der Gemeinden an Windparks aus.



Hintergrund

Das Aktionsbündnis „Freier Horizont“ möchte den Abstand zwischen Windanlagen und Wohnhäusern vergrößern und hatte hierzu einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Das Bündnis hatte mehr als 22.000 Unterschriften für sein Anliegen gesammelt und damit erreicht, dass sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf befassen musste. In der Ersten Lesung am 23. September sprachen sich die Redner aller demokratischen Fraktionen gegen eine Abstands-Erweiterung aus und verwiesen den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung in den Wirtschafts- und den Energieausschuss.

Foto: Jens Büttner



Das komplizierte Verfahren verlangt von den Bauleuten Genauigkeit und Fingerspitzengefühl. Fotos: Cornelius Kettler

Bauen bei laufendem Betrieb

Im Säulenzimmer werden die Guss-Stützen der Gewölbedecke stabilisiert

Bauen, möglichst ohne den laufenden Betrieb im Schloss empfindlich zu stören – dieses Prinzip gilt nicht nur für den Außenbereich, sondern auch innerhalb des Gebäudes. Dass das funktioniert, ist gerade im Säulenzimmer des Schlossmuseums zu erleben.

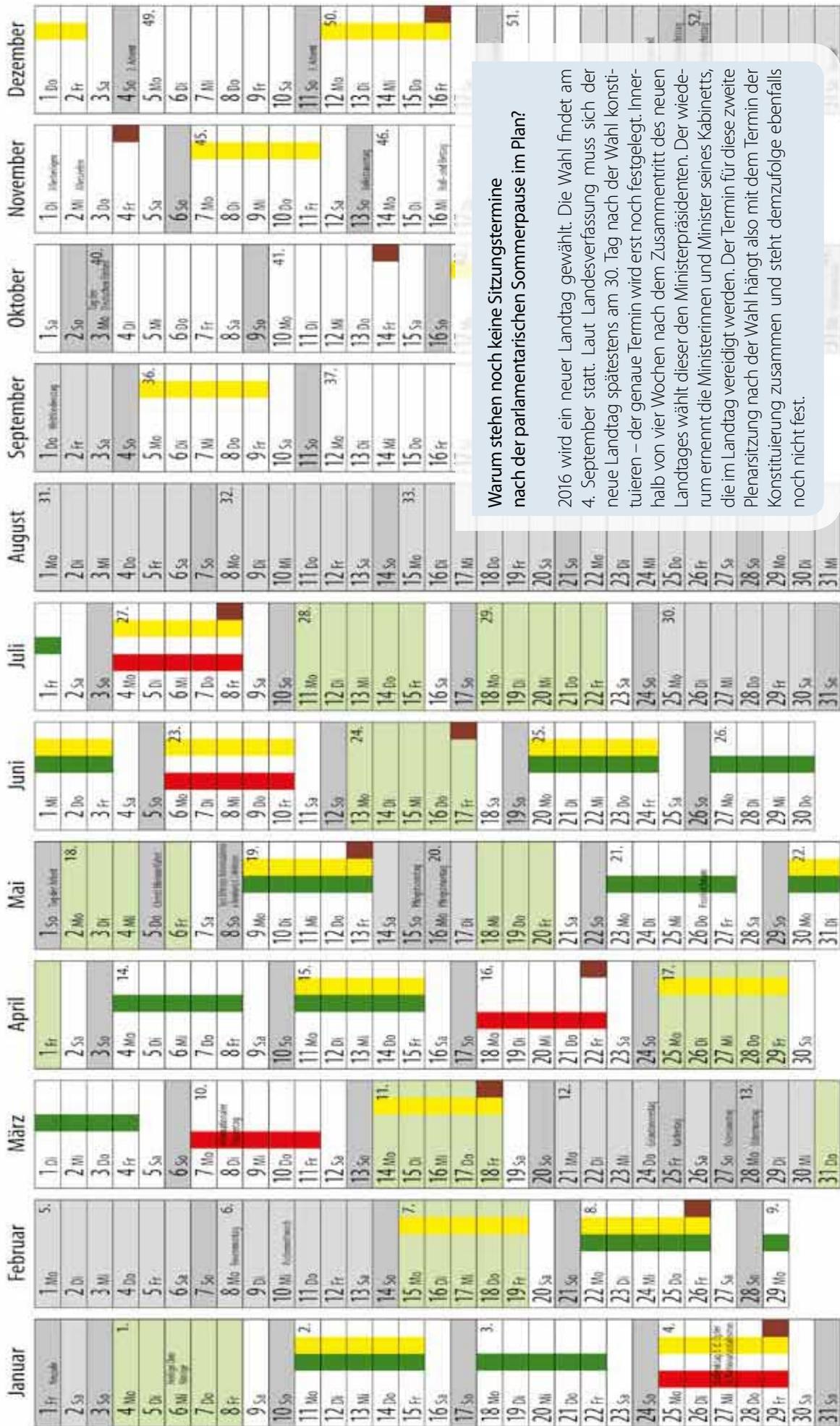
Dort werden zurzeit die beiden Guss-Säulen, die die Last der Gewölbedecke tragen, „statisch ertüchtigt“, wie die Fachleute sagen. Diese Säulen ruhen auf Schieferplatten, die nicht mehr die erforderliche Tragfähigkeit gewährleisten. Deshalb werden diese durch Stahlplatten ersetzt. Dafür müssen die Stützen zunächst vom Gewicht der Decke entlastet werden. Dies geschieht mit Hilfe einer Stahlkonstruktion, die die Gewölbedecke abstützt. Dann wird der Deckenpunkt mittels Hydraulik minimal angehoben. Die Fachleute von der Firma FLZ Stahl- und Metallbau Lauterbach GmbH (Rügen) prüfen per Computer, ob die Stütze wirklich entlastet ist. Erst dann können sie die Fußplatte austauschen. Dieses ganze Verfahren wird dann bei der zweiten Säule wiederholt.

Das Vorhaben soll in ca. drei bis vier Wochen geschafft sein. In dieser Zeit können die Museumsbesucher ihren Rundgang wie gewohnt im 2. Geschoss beginnen. Nur nebenbei bekommen sie mit, dass auch im Schloss-Inneren laufend an der Erhaltung des einmaligen Denkmals gearbeitet wird.



Eine Stahlträgerkonstruktion entlastet die Säule vom Gewicht der Decke, sodass die Fußplatte ausgetauscht werden kann.

Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2016



Warum stehen noch keine Sitzungstermine nach der parlamentarischen Sommerpause im Plan?

2016 wird ein neuer Landtag gewählt. Die Wahl findet am 4. September statt. Laut Landesverfassung muss sich der neue Landtag spätestens am 30. Tag nach der Wahl konstituieren – der genaue Termin wird erst noch festgelegt. Innerhalb von vier Wochen nach dem Zusammenritt des neuen Landtages wählt dieser den Ministerpräsidenten. Der wiederum ernannt die Ministerinnen und Minister seines Kabinetts, die im Landtag vereidigt werden. Der Termin für diese zweite Plenarsitzung nach der Wahl hängt also mit dem Termin der Konstituierung zusammen und steht demzufolge ebenfalls noch nicht fest.

Mecklenburg Vorpommern Landtag
 Schloss, Lennestraße 1, 19053 Schwerin
 Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121
 E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de
 Stand: 3. Juni 2015

Legende:
 ■ Sitzungstermine Landtag
 ■ Sitzungstermine Landtagsausschüsse
 ■ Für Vorkonferenzen der Fraktionen, die Wahlarbeit und Sonderanstrengungen der Ausschüsse reservierte Zeit
 ■ Tagungstermin Deutsche Bundesversammlung
 ■ Plenarsitzungen Bundesrat
 ■ Sitzungstermin
 ■ Sitzungstermin



Die „Geländerkinder“ sind zurück! Die Knabenfiguren, die von der Berliner Spezialfirma für Metallrestaurierung Haber & Brandner restauriert wurden, werden nach Abschluss der Fassadensanierung im Innenhof wieder an ihren angestammten Platz auf der offenen Galerie über dem Kirchgang zurückkehren. Auf historischen Fotos sind die Figuren noch zu sehen. Jeweils zwei halten einen Wappenschild mit den Initialen von Friedrich Franz II. Gefertigt hat sie der renommierte Bildhauer Christian Genschow. Für zwei der Knaben wählte der Künstler die Porträts der beiden ältesten Söhne des Großherzogs.



Im Rahmen eines Arbeitsbesuchs kam Reinhard Silberberg (r.), seit 2014 Botschafter und Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, am 20. Oktober auch ins Schweriner Schloss. Hier wurde er von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider begrüßt. Bei dem Gespräch, an dem auch der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller teilnahm, standen europapolitische Fragen im Vordergrund, insbesondere die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingspolitik. Im Anschluss traf Silberberg Vertreter der Wirtschaft.

Unterstützer der Internet-Enzyklopädie Wikipedia tagten Ende Oktober im Schweriner Schloss. Die Autoren, Fotografen und Techniker engagieren sich ehrenamtlich für die deutschsprachigen Inhalte der Webseite. Das bei Wikipedia in deutscher Sprache zusammengetragene Wissen würde den Angaben der Veranstalter zufolge gedruckt mittlerweile fast 400 Bände des klassischen Nachlagewerkes „Brockhaus“ füllen. Wikipedia zählt nach Angaben von Teilnehmern zu den zehn beliebtesten Webseiten weltweit und ist das einzige nicht-kommerzielle Angebot innerhalb dieser Top Ten. Auch der Landtag ist „Wikipedia-Autor“ und wirkt an der laufenden Pflege der Infos zu Landtag und Schloss mit.



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider begrüßte am 20. Oktober eine Delegation aus der Volksrepublik China im Schweriner Schloss. Die rund 30 Gäste hielten sich im Rahmen ihres Deutschland-Besuchs in Mecklenburg-Vorpommern auf und informierten sich insbesondere über erneuerbare Energien, die Entwicklung ländlicher Räume und den Strukturwandel im Schiffbau. Zur Gruppe unter der Leitung von Jiangping Wang, Vizegouverneur der Provinz Guizhou, zählten unter anderem Bürgermeister mehrerer chinesischer Millionenstädte.

Foto: Landtag M-V

